


188. Sitzung, Montag, 10. November 2014, 8.15 Uhr

 Vorsitz: *Brigitta Johner (FDP, Urdorf)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen *Seite 13015*
- Ratsprotokolle zur Einsichtnahme *Seite 13015*
- Zuweisung von neuen Vorlagen *Seite 13015*
- Grippe-Impfaktion..... *Seite 13016*

2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

 für die aus dem Kantonsrat zurückgetretene Monika Spring, Zürich..... *Seite 13016*
3. Genehmigung des Jahresberichts der Universität für das Jahr 2013

 Antrag des Regierungsrates vom 26. März 2014 und Antrag der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 18. September 2014 **5078a**..... *Seite 13017*
4. Genehmigung des Jahresberichts der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2013

 Antrag des Regierungsrates vom 30. April 2014 und Antrag der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 18. September 2014 **5091a**..... *Seite 13033*
5. Ausübung und Mittelverteilung für Forschung und Lehre in der Medizin

 Antrag des Regierungsrates vom 2. Oktober 2013 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 237/2012 und gleichlautender Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2014 **5030** *Seite 13049*

6. Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stiftung Schweizerische Technische Fachschule Winterthur (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 21. Mai 2014 und gleichlautender Antrag der Finanzkommission vom 25. September 2014 **5096** Seite 13055

Verschiedenes

- 17. Kantonsrats-Jassmeisterschaft Seite 13041
- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Persönliche Erklärung von Urs Hans, Turbenthal, zur Grippe-Impfaktion*..... Seite 13042
 - *Persönliche Erklärung von Josef Widler, Zürich, zur Grippe-Impfaktion* Seite 13043
 - *Persönliche Erklärung von Markus Schaaf, Zell, zur Grippe-Impfaktion* Seite 13043
- Rücktrittserklärungen
 - *Rücktritt aus dem Handelsgericht von Hans Frischknecht, Tann* Seite 13062
 - *Rücktritt aus der Finanzkommission von Hansueli Züllig, Zürich*..... Seite 13062
 - *Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission von Rafael Steiner, Winterthur* Seite 13063
 - *Rücktritt aus dem Kantonsrat von Lilith Claudia Hübscher, Winterthur* Seite 13063
 - *Rücktritt aus dem Kantonsrat von Andreas Wolf, Dietikon*..... Seite 13065
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 13066

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Mit einem akademischen Viertelstündchen Verspätung starten wir in unsere heutige Sitzung. (Die Mikrofon-Anlage im Ratssaal funktionierte nicht. Es musste eine Not-Anlage eingerichtet werden, was den Sitzungsbeginn um 15 Minuten verzögerte.) Der Vorteil der Verspätung ist: Sie haben jetzt alle Zeit

gehabt, bequem Ihre Sitze einzunehmen. Ich darf bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass wir uns heute alle wieder vom Kommissionspult aus zu Wort melden, mit Ausnahme des «Bocks», weil hier die Mikrofonanlage funktionstüchtig ist.

Wünschen Sie das Wort zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Dann fahren wir fort wie vorgesehen.

Zur Geschäftsliste: Die Traktanden 11 und 12 sind wegen Abwesenheit des Erstunterzeichners abgesetzt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf zwei Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 184/2014, Kokainkonsum
Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.)
- KR-Nr. 196/2014, Verfassungsartikel 118a Komplementärmedizin: Stand der Umsetzung und Ausblick fünf Jahre nach der Annahme
Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt)

Ratsprotokolle zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates sind ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 186. Sitzung vom 27. Oktober 2014, 14.30 Uhr
- Protokoll der 187. Sitzung vom 3. November 2014, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit:

- **Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch**
Vorlage 5136

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

- **Zürcher Fachhochschule, Fachhochschulrat (Genehmigung der Wahl)**
Vorlage 5138

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

– **Sonderbauvorschriften für die Flughafenregion, Neuordnung der Siedlungsstruktur**

Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 364/2009, Vorlage 5139

Grippe-Impfaktion

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Dann darf ich noch darauf hinweisen, dass wir in der heutigen Pause die traditionelle Grippe-Impfaktion im Kantonsrat durchführen.

2. Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretene Monika Spring, Zürich

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir dürfen heute ein neues Ratsmitglied begrüßen, und zwar anstelle von Monika Spring. Die Direktion der Justiz und des Innern hat uns folgende Verfügung zukommen lassen.

Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest die Verfügung der Direktion der Justiz und des Innern vom 22. Oktober 2014: «Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsrates für die Amtsdauer 2011 bis 2015 im Wahlkreis IV, Stadt Zürich, Kreise 6 und 10.

Die Direktion der Justiz und des Innern, gestützt auf Paragraph 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003, verfügt: Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis IV, Stadt Zürich, Kreise 6 und 10, wird für die zurücktretende Monika Spring (Liste 02 Sozialdemokratische Partei), und anstelle des ersten Ersatzkandidaten Marco Denoth sowie der zweiten Ersatzkandidatin Gabriela Rothenfluh, welche beide eine Wahl abgelehnt haben, als gewählt erklärt:

Sylvie Fee Matter, geboren 1981, Historikerin/Unternehmerin, wohnhaft in Zürich.»

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich bitte, die Gewählte eintreten zu lassen.

Sylvie Fee Matter, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglied des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie Ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraf 5 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten.

Die Tür ist bereits geschlossen. Die Anwesenden im Ratssaal und auf der Tribüne erheben sich. Ich bitte nun die Ratssekretärin, das Amtsgelübde zu verlesen.

Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest das Amtsgelübde: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Sylvie Fee Matter, Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen: «Ich gelobe es.»

Sylvie Fee Matter (SP, Zürich): Ich gelobe es.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie können Ihren Platz im Ratssaal einnehmen. Sie können wieder Platz nehmen, die Tür kann geöffnet werden.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Genehmigung des Jahresberichts der Universität für das Jahr 2013

Antrag des Regierungsrates vom 26. März 2014 und Antrag der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 18. September 2014
5078a

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich begrüsse die Regierungspräsidentin und Bildungsdirektorin Regine Aepli. Ich begrüsse ebenfalls auf

der Tribüne den Rektor der Universität sowie die Rektoren der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*), der PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) und der ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*). Willkommen, ich begrüsse Sie.

Eintreten ist gemäss Paragraph 17 Geschäftsreglement obligatorisch. Wir führen zu Beginn eine Grundsatzdiskussion über die Vorlage 5078a und den Jahresbericht der Universität. Dann gehen wir die Vorlage 5078a in einer Detailberatung kapitelweise durch. Anschliessend ist das Wort dann frei für die einzelnen Kapitel des Jahresberichts der Universität. Und am Schluss stimmen wir über die Vorlage ab. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Jörg Kündig (FDP, Gossau), Präsident der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG): Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit hat gemäss Paragraph 49d des Kantonsratsgesetzes und Paragraph 25 des Gesetzes über die Universität Zürich den Auftrag, die Oberaufsicht über die Universität Zürich (*UZH*) auszuüben, den Rechenschaftsbericht zu prüfen und dem Kantonsrat Antrag zu stellen.

Das Berichtsjahr war natürlich geprägt von den Abklärungen rund um das Medizinhistorische Museum und Institut. Diese Abklärungen wurden mit dem im Juni 2014 veröffentlichten Bericht beendet. In diesem wurden Mängel bei der Führungsstruktur und den Führungsorganen angesprochen.

Neben der Beurteilung des Geschäftsberichtes hat die Aufsichtskommission aktuelle Fragen aus dem Umfeld der Universität Zürich beraten, den neuen Life-Science-Standort in Schlieren und die Vetsuisse-Fakultät besucht. Aufgrund des vorgelegten Jahresberichtes 2013 formulierte die ABG einen Fragenkatalog. Die Bildungsdirektorin und die Verantwortlichen der Universität beantworteten diese Fragen ausführlich und offen, vielen Dank dafür. Das Resultat unserer Aufgabenerfüllung liegt Ihnen in der Form der Vorlage 5078a vor.

Befriedigt konnte die ABG feststellen, dass die Empfehlungen im Zusammenhang mit den Abklärungen zum Medizinhistorischen Institut, wie oben angesprochen, bereits zu organisatorischen Anpassungen oder mindestens diesbezüglichen Projekten geführt hat. Daneben interessierte insbesondere folgende Punkte: die Standortfrage und die Neuausrichtung des Immobilienmanagements, die strategischen Ziele 2020, die Finanzen – selbstredend –, die Neustruktur der Habilitation und der Titularprofessur und die «Scheindoktoren-Frage».

Der Antrag der ABG enthält die aus Sicht der Kommission markantesten Themenbereiche: Die Raumsituation an der Universität ist natürlich ein grosses Thema. «Raumbedarf», «Bauprojekte», «Sanierungsrochaden» sind wichtige Stichworte. Der präsentierte Masterplan gab hier erste Aufschlüsse, aber der zu erwartende Realisierungszeitraum von mindestens 15 Jahren macht die Grösse der Herausforderung deutlich. Für die ABG ist jedoch klar, dass die räumliche Nähe zu Universität und ETH, insbesondere wenn es um Forschungsfragen geht, ein hohes Gewicht haben muss.

Von der vorgesehenen Neuausrichtung des Immobilienmanagements kann nach Meinung der UZH mehr Transparenz ausgehen. Diese Transparenz ist aus Sicht der ABG wünschenswert, sie hat aber bewusst auf eine inhaltliche Stellungnahme verzichtet.

Forschung mit dem Ziel, Weltspitze in einzelnen Bereichen zu erlangen, forschungsbasierte Lehre, gute Betreuungsverhältnisse und Studienbedingungen, universitäre Medizin, verbesserte Pflege der Schnittstellen, Kommunikation, Förderung der Zusammenarbeit Forschung und Wirtschaft, aber auch Ziele zu Organisation, Raumentwicklung und Finanzen sind als Teile der Strategie 2020 zu nennen. Aus den strategischen Vorstellungen wurden Massnahmen formuliert, welche laufend umgesetzt werden. Die unterschiedlichen Zeiträume für die Umsetzung machen es nicht einfach. Manchmal müssen auch nochmals angepasste Fragenkataloge formuliert werden, weil Vorgaben und parallel in Marsch gesetzte Massnahmenpakete Anpassungen verlangen, kein einfacher Prozess also. Umso wichtiger sind nach Meinung der ABG Evaluationen, wie sie im vorliegenden Bericht angesprochen wurden. Dieses Führungsinstrument soll verbessert und noch verstärkt werden. Das wird, wie ausgeführt, von der ABG begrüsst.

Die Finanzführung der Universität war in der Vergangenheit immer wieder ein Thema. Auch die Finanzkontrolle hat jeweils Verbesserungen angemahnt. Mit dem neuen Finanzhandbuch besteht seit Januar 2013 ein umfassendes Führungsinstrument. Einführung, Etablierung und Umsetzung sind jedoch ein Prozess, der mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Auch Anpassungen und Weiterentwicklungen wird es brauchen. Die ABG wünscht natürlich, dass dies mit dem entsprechenden Nachdruck passiert.

Auch die Neustruktur der Habilitation und der Titularprofessur ist im Sinne der ABG. Mit der Habilitation soll ein permanenter Titel «PD»,

Privatdozent, entstehen und damit verbunden das Recht, nicht aber die Pflicht, in der Lehre tätig zu werden. Die Titularprofessur soll in Zukunft exklusiv an fachlich bestens ausgewiesene externe Personen abgegeben werden können; dies, um einen Teil der Anpassungen zu nennen.

Schliesslich sei noch das Thema «Scheindoktoren» angesprochen. Auf die immer wieder auftauchenden Problemfälle hat die Universität reagiert. In Zukunft darf ein Titel nur noch so verwendet werden, wie eine Person ihn erhalten hat. Übersetzungen als Fehlerquelle – bewusst oder unbewusst – sind nicht mehr zulässig. Sanktionen sollen gemäss Personalrecht erfolgen.

Ich komme zu den Schlussbemerkungen meinerseits: Die Universität stand und steht immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit, eine Tatsache, mit der eine Institution, die sich an der Weltspitze orientieren möchte, umgehen kann und muss. Dementsprechend spielt die Kommunikation eine entscheidende Rolle – gegen innen und gegen aussen. Die ABG konnte bei den konstruktiven Gesprächen eine hohe Bereitschaft verspüren, diesem Grundsatz nachzuleben. Das Ganze war dem gegenseitigen Verständnis sehr förderlich.

Zum Schluss möchte ich der Bildungsdirektorin, dem Universitätsrat, der Universitätsleitung und allen Mitarbeitenden für ihr grosses Engagement zum Wohle der Universität danken.

Die ABG beantragt dem Kantonsrat, den Jahresbericht 2013 der Universität Zürich zu genehmigen.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Ein Wort zum Voraus: Klar und deutlich kommt im Jahresbericht zum Ausdruck, dass an der Universität Zürich gute und sehr gute Leistungen erbracht werden. Wir können darauf stolz sein, dass hier dem Grundsatz, Lehre und Forschung auf hohem Niveau darzubieten, nachgekommen wird. Das möchte ich Ihnen vorneweg sagen, weil ich doch einige sehr kritische Bemerkungen zu machen habe.

Einen grossen Raum nahmen die Untersuchung und die Abklärungen über das Medizinhistorische Museum im vergangenen Jahr ein. Im Abschluss haben wir von der ABG feststellen müssen, dass klare Führungsschwächen auf der obersten Ebene der Universitätsführung vorhanden sind und beseitigt werden müssen. Parallel zum Abschliessen dieser Arbeit haben wir auch eine Interims-Rektor-Zeit erlebt, in der auch klare Worte gekommen sind in der Richtung, wie wir die Forde-

rungen gestellt haben, dass man diese erfüllen wolle. Es kam dann auch die Einsetzung des neuen Rektors, und Michael Hengartner ist mit sehr klaren Worten angetreten. Er hat den Anspruch erhoben, Transparenz und Exzellenz als oberste Richtschnur zu erreichen und daraus auch in solchen Situationen, in denen solche Schwierigkeiten zu bewältigen sind, klar und deutlich und offen zu kommunizieren. Leider muss man heute feststellen: Ein Jahr später sehen wir die gleichen Probleme, wie wir sie schon in den früheren Jahren kritisieren mussten. Begonnen hat immer alles mit einem Zeitungsartikel. Nachher kommt ein schnelles Dementi: «Es ist nur ein Gerücht, es ist nichts dahinter, da muss man nichts tun.» Nachher kommt halt wieder ein zweiter Zeitungsartikel. Dann kommt auf unterer Stufe das Sich-Wehren und das Um-sich-Schlagen und das Angreifen der Zeitungsschreiber. Und wenn Herr Jarren (*Otfried Jarren, ehemaliger Rektor ad interim*) dann schon wusste, dass nichts dahinter ist, weil alles korrekt abgelaufen ist, weil ja ganz klare Vorgaben vorhanden sind, dann muss ich Ihnen einfach sagen: Es sind in vielen Bereichen unserer Universität sehr klar formulierte, gut zu handhabende Vorschriften vorhanden. Aber wenn man sie nicht handhabt oder nicht korrekt handhabt, dann passiert es eben, dass schlussendlich in einem Zeitungsartikel eine kleine Maus einen Elefanten gebärt, sodass dann auch der Herr Rektor schlussendlich antreten und sagen muss «Ich mache eine interne Untersuchung» – wir werden in einigen Monaten davon hören –, was die Sache nicht besser macht. Aber es ist sicher richtig in der Abwicklung der entstandenen Situation.

Zur Standortstrategie und der Neuausrichtung im Immobilienmanagement stelle ich fest, dass die Strategie für die zwei Standorte Zentrum und Irchel zielstrebig, klar und mit genauen Zielen verfolgt wird. Allerdings muss ich hier sagen: Wenn die Immobilien-Vorlage des Regierungsrates nun darauf hinweist, dass man in der Universität bezüglich Immobilienbewirtschaftung, Bau und Unterhalt sehr viel weiter gehen und die Sache an sich reißen will, dann stelle ich die Frage: Hat es klare Kapazitäten in der Universität, die das auch bewältigen können? Das ist die eine Seite. Die müssen das sehr genau anschauen und wir sind hier recht kritisch eingestellt. Es ist aber auch klar zu sagen, dass damit, wenn wir einen solchen Schritt vollziehen würden, eben das passiert, was wir alle nicht wollen, nämlich dass das Parlament in seiner Aufsichtsfunktion einen gewaltigen Einfluss verlieren wird. Auch die Regierung wird sehr viel weniger Kompetenzen haben und die Gesamtführung, die Gesamtfinanzführung auch – Immobilien

sind etwas Teures und bei solch grossen Instituten kein kleiner Klacks. Dann, müssen wir klar feststellen, wird die Finanzführung im Kanton äusserst schwierig werden.

Ein weiteres Problem, das ich ansprechen möchte, ist die Zusammenarbeit der Universität mit den universitären Spitälern. Die neuste Untersuchung in der Forschung des USZ (*Universitätsspital Zürich*) zeigt wiederum die Notwendigkeit auf, dass in der Zusammenarbeit zwischen Universität und Universitätsspital dringend Verbesserungen nötig sind. Kompetenzzuweisungen sind auf beide Kompetenzzentren, in der Uni wie auch im USZ, klarer festzulegen. Es kommt immer wieder vor, dass hier aus unklar geregelten Kompetenzen Fehlleistungen entstehen, die dann zu Untersuchungen führen. Sie werden in Kürze auch hier wieder einen Bericht der ABG erhalten können.

Zu den Finanzen: Wenn die Finanzkontrolle feststellen muss, dass an und für sich die Grundregeln des IKS (*Internes Kontrollsystem*) klar vorhanden sind, dann ist das richtig. Es ist hierzu ebenfalls die Bemerkung zu machen: Insbesondere bei der Wirksamkeit des IKS muss man sich klar darauf konzentrieren, Ziele zu erreichen.

Mit der Einführung des Bologna-Systems (*europäisches Programm zur Harmonisierung von Studiengängen und -abschlüssen*) hat die freie Lehre, wie sie im Begriff «Privatdozent» und «Privatdozentin» zum Ausdruck kommt, an Bedeutung verloren. Die Universität hat hier neue Regeln aufgestellt und die Titularprofessuren sollen in Zukunft exklusiv auf 80 bestens ausgewiesene externe Personen beschränkt sein. Richtig ist sicher, dass in Zukunft auch die Gleichstellung aller Professoren in der Fakultät mit gleichen Rechten und Pflichten zu handhaben ist. Zu den «Scheindoktoren» hat der Präsident das Wichtige gesagt. Hier ist die Kontrolle im Einzelfall wichtig und zu Beginn, bevor jemand eingestellt wird.

Mit diesen kritischen Bemerkungen möchte ich der Universität weiterhin einen guten Weg wünschen. Wir können sicher hinter dieser Universität stehen, aber es sollten nun endlich Mängel, wie ich sie zu Beginn bei den ersten beiden Punkten aufgezeigt habe, nicht jedes Jahr wieder durch uns thematisiert werden müssen. Besten Dank.

Andreas Daurù (SP, Winterthur): Die Universität Zürich hat wahrlich kein leichtes Jahr 2013 hinter sich. Die ABG war unter anderem, wie bereits gesagt, mit umfangreichen Abklärungen über das Medizinhistorische Museum und Institut der Uni Zürich beschäftigt. Nicht zuletzt brachte der dazu abschliessende Bericht einige Mängel bei der Füh-

rungsstruktur, insbesondere um das Rektorat herum, zum Vorschein. Einige Empfehlungen sind bereits umgesetzt. Um dies hier gleich vorweg abzuhandeln: Wir gehen davon aus beziehungsweise wir sehen das bereits, dass die Uni Zürich aus der Vergangenheit gelernt hat und nun in der unnötig hochstilisierten Geschichte «Sarasin» (*Philipp Sarasin, Professor an der Universität Zürich*) gleich vorweg eine Untersuchung der Sachverhalte eingeleitet hat. Wir hoffen, das unsägliche «Uni-Bashing» wird sich nun langsam dem Ende zuneigen.

Zurück zum Jahresbericht: Unbestritten braucht die Uni mehr Platz. Studien zeigen auf, dass an den bestehenden Standorten Irchel und Zentrum grundsätzlich genügend Platz vorhanden ist. Ein entsprechender Masterplan Hochschulgebiet Zürich Zentrum ist bereits im September 2014 vom Regierungsrat und dem Zürcher Stadtrat genehmigt worden, was wir als SP begrüßen. Die SP begrüsst auch insbesondere im neu ausgerichteten Immobilienmanagement das vorgesehene Delegationsmodell, welches wir auch für weitere öffentlich-rechtliche Anstalten des Kantons Zürich, wie zum Beispiel das Universitätsspital, als sinnvoll erachten würden. Für die vorübergehende, aber doch circa 15 Jahre dauernde Platzknappheit, konnte im Bio-Technopark in Schlieren Ersatzfläche gefunden werden.

Im Weiteren haben der Unirat und die Unileitung spezifische strategische Ziele bis ins Jahr 2020 festgelegt. Darunter fällt vor allem die Forschung, wo die Uni Zürich in Europa führend ist und diesbezüglich auch gerne in gewissen Bereichen die Weltspitze erreichen möchte. Dabei gilt es, die Uni möglichst zu unterstützen. Ein weiteres wichtiges Augenmerk wird auf die universitäre Medizin gelegt, hier insbesondere auf die wichtigen Schnittstellen, die Zusammenarbeit mit dem USZ, welche bekanntlich nicht immer nur einfach gestaltet ist.

Im Bereich der Finanzen und insbesondere bei der Einführung des Kontrollsystems IKS musste die Finanzkontrolle die Uni immer wieder zu Verbesserungen anmahnen. Hier scheint die Uni nun auf dem richtigen Weg zu sein. Ein unter anderem entsprechend entworfenes Finanzhandbuch soll dabei unterstützend wirken, gerade im Bereich der Kompetenzordnung und der Kontrollaufgaben im Finanzreglement der Uni Zürich. Ich erlaube mir hier noch eine Bemerkung als Gewerkschafter: Ich bin etwas überrascht, dass für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität nach wie vor kein Überzeiten-Reglement geführt wird. Vielleicht wäre das mal noch was.

Weiter begrüsst die ABG beziehungsweise die SP, dass nun der Thematik der «Scheindoktoren» eine erhöhte Sensibilität geschenkt wird. Die Uni Zürich hat diesbezüglich nun Richtlinien erlassen. In Zukunft darf ein Titel nur noch so verwendet werden, wie eine Person ihn erhalten hat. Dies scheint eigentlich ja logisch, es sind jedoch gerade im Übersetzen von Titeln immer wieder Fehler unterlaufen. Nun ist dies so nicht mehr zulässig.

Abschliessend bleibt noch der Dank an die Unileitung und an die Bildungsdirektorin für die ausführliche Beantwortung der Fragen der ABG sowohl im Zusammenhang mit dem vorliegenden Jahresberichts wie aber auch ausserhalb dieser Beratung im letzten Jahr. Die SP empfiehlt den Jahresbericht der Uni Zürich zur Annahme, und es bleibt abschliessend noch der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Professorinnen und Professoren der Uni Zürich für ihre gute und wichtige Arbeit. Vielen Dank.

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Lassen sie mich zuerst meine Interessenbindung bekannt geben: Ich habe an der Universität Zürich mein Lizenziat gemacht und bin seit vier Jahren Mitglied des Beirates des Instituts für Informatik der Universität Zürich. In diesem Beirat sind Professorinnen und Professoren von verschiedenen europäischen Universitäten vertreten. An der letzten Beiratssitzung haben wir gefragt, ob und in welcher Form im Ausland die personellen Turbulenzen an der Universität Zürich und der frühzeitige Rücktritt des Rektors Andreas Fischer ein Thema waren. Die Antworten haben gezeigt, dass dies gar nicht – ja sie haben richtig gehört: gar nicht – oder nur marginal zur Kenntnis genommen wurde. Viel entscheidender und besorgniserregender war und ist für alle Beteiligten die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative.

Bezüglich der personellen Turbulenzen, ausgelöst am Medizinhistorischen Museum, hat die ABG einen Bericht mit entsprechenden Empfehlungen geschrieben. Dieser Bericht wurde in diesem Rat bereits ausführlich kommentiert und diskutiert. Wichtig für die FDP ist in diesem Zusammenhang, dass die Empfehlungen seitens Universitätsrat und Universitätsleitung bezüglich Stärkung der Führung aufgenommen wurden. Der neue Rektor, Michael Hengartner, demonstriert den Willen, diese Anpassungen – in Zusammenarbeit mit den Beteiligten – anzugehen, und pflegt auch eine aktive Kommunikation nach innen und aussen. Strukturänderungen ermöglichen Verbesserungen,

es braucht aber auch einen Kulturwandel, und dieser braucht Zeit. Das konstante Bashing der sogenannten Volkspartei gegen die Universität ist dabei weder konstruktiv noch hilfreich. Der Kantonsrat wird zu den geplanten Veränderungen Stellung nehmen können, wenn die Anpassung des Universitätsgesetzes erfolgt. Diese Anpassungen sind ja zurzeit in der Vernehmlassung.

Der Jahresbericht zeigt auf, dass die Universität Zürich – trotz diesen Problemen – in der Lehre und in der Forschung nach wie vor hervorragende Leistungen zeigt. Auch im internationalen Ranking hat die Universität Zürich einen guten Platz errungen. Wir müssen und können als Kantonsrat die Rahmenbedingungen schaffen, damit dies auch so bleibt.

Dass der Standort Zürich eine «Unique Selling Proposition» hat, zeigt die Zusammenarbeit der Universität Zürich, der ETH und des Universitätsspitals im Bereich der Life Science exemplarisch. Diese Kombination und Konzentration von Exzellenz ist einmalig in der Schweiz. Die FDP unterstützt deshalb die geplante Strategie, welche eine Konzentration der Standorte im Zentrum und im Irchel verfolgt. Wir setzen uns auch schon lange für einen Innovationspark ein, welcher nochmals neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit nicht nur zwischen den Forschungsinstitutionen, sondern auch in Kooperation mit der Wirtschaft bietet. Der Wirtschaftskanton Zürich muss diese Chance nicht nur für den Kanton, sondern für die ganze Schweiz nutzen. Nur so können wir unsere Wirtschaftskraft und unsere Innovationsfähigkeit erhalten: in Zusammenarbeit auch mit internationalen Forschern. Die FDP will einen starken Hochschulstandort Zürich, welcher massgeblich zum Wohlstand des Kantons beiträgt. Wir möchten einen starken Forschungsstandort erhalten, wir bekennen uns zu einer exzellenten, aber auch breit gefächerten Universität in der Lehre.

Wir danken dem Universitätsrat, der Universitätsleitung und allen Mitarbeitenden der Universität für ihre engagierte Arbeit und sind überzeugt, dass die Universität auf dem richtigen Weg ist.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Die letzten zwei Jahre, das wissen wir hier, waren ganz bestimmt nicht leicht für die Universität – wenn denn überhaupt einmal ein leichtes Jahr möglich ist. Aber diese zwei Jahre waren es nicht. Und trotzdem möchte ich mit der guten Nachricht beginnen: An der Universität wird studiert, es wird gelehrt, gelernt, geprüft und geforscht, es gibt mehr Studierende. Es wird wohl auch ge-

jammert, intrigiert, wie das so ist im Leben. Die Universität funktioniert bestens, es läuft bestens, und wir können stolz sein. Wir sprechen ein grosses Dankeschön aus. Die Grünen stehen hinter der Universität und wir tun das nicht nur verbal, wie wir das jetzt von der FDP und der SVP gehört haben, die dann einen Monat später beim Budget wieder kürzen werden wie letztes Jahr, unmotiviert und einfach so in die Welt hinaus. Denn es gibt mehr Studierende, also braucht es auch mehr Geld. Es wäre gut, wenn Sie da nicht nur bei Verbalismen bleiben würden. Das ist schade, aber wir werden es erleben im Dezember. Die Uni hat in vielen Bereichen sehr gut gearbeitet. Die sogenannten Skandale, die die öffentliche Meinung eher über Gebühr prägen, nicht zuletzt, weil die Akteure manchmal auch eher unbesonnen agieren, diese Skandale sind bei genauerem Hinsehen eher kleine Vorkommnisse mit beschränkter Ausstrahlung auf den Gesamtbetrieb, wenn sie denn besser gemanagt würden. In den nächsten Monaten wird sich entscheiden, ob die Universitätsleitung ihre Rolle als wichtiges Entscheidungsgremium auch in stürmischen Zeiten wahrnehmen kann. Es besteht Bedarf für eine Reorganisation, das ist geklärt. Die Studie «econcept» vom 7. Februar 2014, die die Uni selber in Auftrag gegeben hat, zeigt deutlich auf, dass im Bereich der Universitätsleitung eine neue Verteilung der Aufgaben unabdingbar ist. Der Rektor ist aktiv geworden. Wir harren der Dinge, die da kommen mögen, und hoffen diesmal wirklich, dass es nicht allzu lange dauert und dass es zu einem Abschluss kommt. Bislang wurden ja Reformen in der Universität immer eher auf die lange Bank geschoben. Ich glaube, diesmal geht das nicht mehr. Wir müssen aktiv werden und auch die Gesetzgebung ist dann gefragt und aufgerufen, um endlich den Betrieb den neuen Gegebenheiten anzupassen. Es genügt dann eben nicht, wenn man den Finger auf die empfindlichen Stellen legt. Man muss eine Verbesserung anstreben und Hartnäckigkeit ist da sehr wichtig und zentral.

Ich möchte jetzt nicht mehr auf alles, das wir hier schon besprochen haben, zurückgreifen. Die Grünen erwarten in Zukunft weiterhin gute Arbeit von der Universität, Transparenz insbesondere in der Forschung. Ein zweiter Fall «UBS» (*Schweizer Grossbank*) darf sich nicht mehr wiederholen, die Verträge müssen so abgefasst werden, dass sie in der Öffentlichkeit gezeigt werden können. Das ist in Zukunft unabdingbar. Und wir erwarten eine Personalführung, die diesen Namen verdient. Mehr bleibt nicht zu sagen, wir werden dem Bericht zustimmen. Ich bitte Sie, das auch zu tun. Danke.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Wir sprechen heute über das Geschäftsjahr der Universität Zürich, wohlverstanden nicht über das Jahr 2014, welches sich bald zu Ende neigt, sondern über die weiter zurückliegende Vergangenheit, über das Jahr 2013. Damals hat der Fall rund um das Medizinhistorische Institut viele Ressourcen gebunden und das Umfeld der UZH wahrscheinlich etwas über Gebühr in Atem gehalten. Ende 2013 hat die ABG dann auch mit den umfangreichen Abklärungen in diesem Fall begonnen. Ein Blick in die nähere Vergangenheit sei hier erlaubt, denn er zeigt, dass einige Empfehlungen der ABG im Zusammenhang mit diesen Abklärungen bereits umgesetzt worden sind und ein Projekt zur organisatorischen Weiterentwicklung im Bereich des Rektors nun anläuft.

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält aber vor allem Aussagen zu anderen, für die Zukunft der UZH viel wichtigeren Themen: zur Standortstrategie und zum Immobilienmanagement.

Die Universität wird sich auf die zwei Standorte Zentrum und Irchel konzentrieren. So ist auch die Aussage verständlich, wonach man zwar über die Flächen und Gebäude im Bio-Technopark Schlieren glücklich ist, dieses Ausweichen ins Wagi-Areal aber nur eine Zwischenlösung sein soll. Eine räumliche Nähe zu UZH und ETH ist eben wichtig, weshalb langfristig hier auch eine Konzentration angestrebt wird.

Das Investitionsvolumen bei den Bauten ist gewaltig und harret einer Umsetzung. Allgemein habe ich den Eindruck gewonnen, dass nun verschiedene, schon lang geplante Vorhaben wirklich angepackt werden. So wurde eine Gebietsplanung erstellt und ein Masterplan ist von der Regierung bereits genehmigt. Es war gemäss Aussagen der UZH zum Zeitpunkt der Befragungen schon einigermaßen klar, wo was gebaut werden soll. Heute ist es noch klarer und man kann sagen, dass hier die Hausaufgaben gemacht sind. Jetzt geht es darum, die Vorhaben umzusetzen, die Prozesse möglichst einfach und optimal zu gestalten. Das von der Bildungsdirektion erarbeitete Delegationsmodell ist sicher aus Sicht der Universität zu favorisieren. Allerdings hat der Kanton noch einige andere Baustellen, es sind noch andere Aspekte zu berücksichtigen, weshalb die Diskussion um das Immobilienmanagement dann doch nicht so einfach ist, wie die Zukunft sicher zeigen wird.

Zurück zur Vergangenheit: Das Lehrauftragswesen wurde überarbeitet und ein Finanzhandbuch regelt Kompetenzen und sorgt für Transparenz. Auch hier wurden die Hausaufgaben gemacht.

Im Namen der Grünliberalen Fraktion danke ich den Verantwortlichen für die gute Arbeit. Ich hoffe für die Uni Zürich, dass sie wieder in etwas ruhigere Fahrwasser gerät, dass nicht jeder Vorfall, wie kürzlich wieder der angesprochene Fall «Sarasin» beim Berufungsverfahren, zum öffentlichen Skandal aufgebauscht wird, sondern ich hoffe, dass die gute Arbeit an der Universität auch einmal gewürdigt wird. Die Universität Zürich behauptet sich im internationalen Wettbewerb und ist doch wichtig für den Standort Zürich. Gerne genehmigen wir den Geschäftsbericht 2013.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich darf Sie bei dieser Gelegenheit im Namen der Protokollführerin noch bitten: Diejenigen Votantinnen und Votanten, die ein Skript haben, die eine schriftliche Vorlage haben, sind geben, diese der Protokollführerin anschliessend zur Verfügung zu stellen. Besten Dank.

Astrid Gut (BDP, Wallisellen): Zusammenfassend geht aus dem Jahresbericht Folgendes hervor: Aus Fehlern gelernt und die Alma Mater wieder auf Kurs Richtung Zukunft gebracht. Die Standortstrategie zeigt die Konzentration auf die beiden Standorte Zentrum und Irchel, bei denen aber Um- beziehungsweise Erweiterungsbauten nötig sind. Strategische Fixpunkte sind auf das Jahr 2020 festgelegt und beinhalten bewusst ausgewählte Ziele. So soll die Forschung in diversen Bereichen an die Weltspitze geführt werden. Die akademischen Titel werden dem Bologna-System angepasst. Ebenso sind klare Richtlinien erlassen worden zur Vermeidung falscher Titelführungen, der sogenannten «Scheindoktoren».

Im Namen der BDP danke ich allen Beteiligten für ihren Einsatz und wünsche nur noch alles Gute. Wir beantragen die Genehmigung des Jahresberichts.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Die EDU bedankt sich bei der Uni-Leitung für den umfassenden und aufschlussreichen Jahresbericht. Die Uni leistet mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag zum guten Ruf, den Zürich in der Welt genießt. Es gibt hier nicht nur Banken und Drogen, sondern eine Uni, die in Forschung und Lehre

weltweit einen hervorragenden Ruf genießt. Diesen Ruf dürfen wir nicht gefährden. Es gilt rasch Lösungen zu finden, damit die anstehenden Um- und Ausbauten der Uni und des USZ zeitgerecht realisiert werden können. Insbesondere fordere ich die Baum- und Denkmalschützer auf, eine Güterabwägung vorzunehmen. Kommen die Natur und die Bausubstanz vor dem Menschen?

Damit die Uni weiterhin im internationalen Konkurrenzkampf bestehen kann, benötigt sie die entsprechenden Finanzen. Auch die drei SVP-Mitglieder der ABG äusserten sich im Bericht der ABG lobend über die Leistungen der Uni und auch heute Morgen hörten wir davon. Konsequenterweise müssten sie sich auch gegen die Sparanträge ihrer Fraktion im Bereich Uni wenden.

Mit grossem Interesse habe ich auch die Rubrik ab Seite 109 des Berichtes gelesen: Auszeichnungen. Zeugt diese Platzierung von Bescheidenheit oder ist man sich der Wichtigkeit dieses Themas einfach nicht bewusst? Ich meinerseits hätte mir gewünscht, dass die neben dem Nobelpreis wichtigsten Auszeichnungen hervorgehoben würden, und dies vielleicht nicht erst am Ende des Jahresberichts.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine kritische Bemerkung: Die Schlagzeile «Uni organisiert Drogencamps», die kürzlich im «Blick» erschienen ist, hätte man mit etwas Fingerspitzengefühl und gesundem Menschenverstand vermeiden können. Nicht alles, was interessant ist, ist auch sinnvoll und gesetzlich erlaubt. Wir genehmigen den Jahresbericht. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Alles klar an der Universität? Wenn man die soeben gehaltenen Voten der meisten Fraktionssprecher würdigt, müsste man davon ausgehen. Doch dem ist leider nicht so. Letztes Jahr stellte ich anlässlich dieses Traktandums die Frage nach den Gemeinsamkeiten unserer Universität mit dem Fussballklub Sion. Stellt man die Frage ein Jahr später noch einmal, so muss festgestellt werden: Mit einem neuen Trainer respektive mit einem neuen Rektor scheint sowohl beim Fussballverein wie auch bei der Uni Zürich zeitweilig etwas Ruhe eingekehrt zu sein, aber wohl nur zeitweilig, haben sich doch die dunklen Wolken über der Uni trotz mehrerer Gewitter überhaupt nicht verzogen. Die beiden ehemals höchst erfolgreichen Institutionen befinden sich weiter in einer gravierenden, endogen verursachten institutionellen Krise. Der Fussballklub liegt derzeit in der Meisterschaft abgeschlagen auf einem der letzten Plätze und die

Universität Zürich sucht man weiterhin vergebens unter den ersten 100 Universitäten im World Reputation Ranking 2014 des vielbeachteten Hochschul-Magazins «Times Higher Education», welches soeben erschienen ist. Während – und das habe ich auch schon letztes Jahr angemerkt – Herr Präsident Constantin (*Christian Constantin, Präsident des FC Sion*) ungehindert dem Credo «Wer bezahlt, bestimmt» nachleben kann und darf, sitzt die Universitätsratsvorsitzende, Frau Bildungsdirektorin Regine Aepli, im wahrsten Sinne des Wortes ihre Amtszeit aus. Es lohnte sich deshalb wohl nicht mehr, wenn Frau Direktor Aepli zusammen mit Frau Wettstein (*Sabine Wettstein*) und mit weiteren Probandinnen anfangs nächsten Monat eines der bewusstseinsweiternden Seminare des Zürcher Uni-Professors Franz Xaver Vollenweider im Begegnungszentrum Felsentor hoch über dem Vierwaldstättersee besuchte, welches scheinbar wiederholt unter stillschweigender und wohlwollender Duldung des Rektorates durchgeführt wird. Doch vielleicht hat ja Herr Rektor Hengartner für sich oder die soeben erweiterte Universitätsleitung in corpore Interesse angemeldet, obwohl ich bezweifle, dass nach Besuch des Camps und seiner bewusstseinsweiternder Wirkung aus herausragenden Wissenschaftlern und Denkern bessere Manager würden. Und genau hier liegt das Problem der Universität: Die Uni krankt bei Führung und Lehrpersonal. Forschung und Lehre müssen strikte von Betriebsleitung und Administration getrennt werden. Eine Erweiterung der Universitätsleitung von fünf auf zwölf Mitglieder ist dazu wohl nicht der richtige Weg, wird doch eine Armee durch die Ernennung von mehr Generälen auch nicht schlagfertiger.

Zum Lehrkörper: Es sollen immer die Besten berufen werden. Dennoch ist es sehr wohl verständlich, wenn sich überdurchschnittlich viele Interessenten aus unserem nördlichen Nachbarland auf Ausschreibungen melden. Sie müssen nämlich keiner Fremdsprache mächtig sein und sie treffen an der Uni Zürich schon auf eine Vielzahl Professoren aus ihrem Heimatland, was bei Neuberufungen bestimmt sehr förderlich sein kann. Und wenn alles nichts hilft, dann hilft ja vielleicht noch ein Altlinker, welches Mitglied einer Berufungskommission ist.

Die Universität Zürich zählt auch zu denjenigen Lehranstalten, welche weltweit die höchsten Spitzensaläre ausrichten. Und so muss sich praktisch jeder in einer Steuerwüste Lehtätige, welcher mit der Möglichkeit konfrontiert wird, nach Zürich zu übersiedeln, nach dieser Oase sehnen. Dazu ein weiterer Vergleich mit dem Sport: Im internatio-

nen Wettbewerb scheint der deutsche Fussball derzeit weitaus erfolgreicher als deutsche Wissenschaftler und Professoren im akademischen Wettbewerb. Warum der Universitätsrat den Lehrkörper gezielt mit Professoren deutscher Provenienz verstärkt, ist deshalb unerklärlich. Will der Universitätsrat die Universität Zürich zu einer deutschen Provinz-Universität ausbauen?

Fazit: Nur die Besten genügen und nur eiserne Besen kehren gründlich. Von der Implementierung dieser Credos ist die Universität Zürich Lichtmeilen weit entfernt.

Esther Guyer (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es stört mich schon, wenn wir jetzt wieder mit solche einem Votum aufhören müssen. Es ist einfach nicht so, dass die Universität mutwillig deutsche Professoren an ihre Zentren beruft, weil diese schlechter sind oder so. Sie nimmt die Besten und das macht sie richtig. Und dann noch etwas: Das ist so ein absoluter Blödsinn, dass jetzt deutsche Professoren keine Fremdsprachen können müssen. Wir wissen es genau, die Sprache an der Universität ist Englisch. Es stört mich, wenn irgendein Ranking da zitiert wird. Es gibt zig Rankings, Herr Amrein, Sie wären wirklich besser Sportkommentator, ausschliesslich beim FC Sion. Das würde besser herauskommen als ein Votum wie das letzte, das Sie soeben gehalten haben. Es gibt sehr viele Rankings und die Universität ist bei einem leicht zurückfallen und ist wieder im Aufstieg. Aber es gibt da gute Arbeit und das kann man nicht so einfach jetzt zum Schluss besprechen, wie das Herr Amrein wollte. Ich jedenfalls muss Ihnen sagen: Ich war jederzeit zufrieden, auch wenn es in der Führung Probleme gab und geben wird. Es ist ein «Riesenladen», wir werden das nie ganz vermeiden können. Ich danke Ihnen.

Regierungspräsidentin Regine Aeppli: Ich möchte der ABG herzlich danken für die ernsthafte Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion. Ich danke ihr auch herzlich für die freundliche Würdigung der akademischen Leistungen, die an der Universität jahrein jahraus erbracht werden. Im Folgenden möchte ich zu drei Stichworten kurz Stellung nehmen.

Das erste Stichwort ist das Immobilienmanagement: Da liegt bereits eine Gesetzesvorlage in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) zur Beratung vor. Sie zeigt und wird das auch hier im Plenum zeigen, dass die Kompetenzen des Kantonsrates nicht beschnitten

werden, im Gegenteil: Der Kantonsrat wird zusätzliche Informationen erhalten, die ihm eine längerfristige Betrachtung der Entwicklung der Immobilien an der Universität ermöglichen wird.

Was die Zusammenarbeit zwischen UZH und USZ betrifft, wissen Sie – davon habe ich hier auch schon gesprochen –, dass unter der Abkürzung «UMZH», Universitäre Medizin Zürich, in Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsdirektion und Bildungsdirektion und den Akteuren, von denen gibt es ja einige aufseiten der Spitäler, nämlich fünf, in rund zwei Jahren ein Projekt für ein neues Steuerungsmodell erarbeitet wurde, mit dem sogenannten CAMO, dem Chef Academic Medical Officer, an der Spitze. Auch dieses Projekt wird im Gesetz abgebildet sein und eine Änderung des Universitätsgesetzes mit sich bringen. Ich kann Ihnen heute noch nicht genau sagen, zu welchem Zeitpunkt es vorgelegt wird, weil nämlich – und damit komme ich zum dritten Stichwort – die universitären Gremien derzeit einer Überprüfung unterzogen werden und ein Vernehmlassungsverfahren zur Neugestaltung der Gremien an der Universität läuft. Ich spreche insbesondere von der Universitätsleitung und den Fakultäten. Auch dazu wird es eine Gesetzesänderung brauchen, die zu gegebener Zeit hier im Rat diskutiert wird.

Schliesslich möchte ich auch noch ein Wort zur Lage unserer Hochschulen in Zeiten der Beschränkung der Einwanderung sagen. Sie wissen, die Masseneinwanderungsinitiative wird die Hochschulen vor sehr schwierige Probleme stellen, von der Ecopop-Initiative gar nicht zu reden. Denn Hochschulen funktionieren heute, und das war schon immer so, nur durch den Austausch von Ideen, den Austausch von Forscherinnen und Forschern und Lehrenden mit dem In- und Ausland. Hochschulen sind internationale Gebilde, Teil zwar ihrer lokalen Kultur, aber sie sind auf diesen Blutaustausch im In- und Ausland dringend angewiesen. Es wäre deshalb gut, wenn der Träger, sprich: der Kantonsrat, künftig auch diesen Aspekten zusätzliche Aufmerksamkeit zukommen liesse, nämlich welche Folgen es für die Universität hat, wenn solche Beschränkungen umgesetzt werden müssen.

So viel zum Jahresbericht der Uni. Der letzte Teil gilt selbstverständlich auch für die Fachhochschulen. Auch diese sind grossen Einschränkungen ausgesetzt, wenn der Austausch mit dem Ausland nicht mehr funktioniert.

Und noch ein allerletztes Wort: An der Universität ist Deutsch immer noch die Unterrichtssprache, mit Ausnahme gewisser Fächer. Aber die Universität hat Englisch nicht zur Unterrichtssprache erklärt. Besten

Dank noch einmal für Ihre ernsthafte Aufsichtstätigkeit und die Genehmigung des Jahresberichts.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

1. Bericht

2. Standortstrategie, Neuausrichtung des Immobilienmanagements

3. Strategische Ziele 2020

4. Finanzen

5. Neustruktur der Habilitation und der Titularprofessur

6. «Scheindoktoren»

7. Abschliessende Bemerkungen

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 168 : 1 (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5078a zuzustimmen und den Jahresbericht der Universität für das Jahr 2013 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Genehmigung des Jahresberichts der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2013

Antrag des Regierungsrates vom 30. April 2014 und Antrag der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 18. September 2014
5091a

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Es ist der gleiche Behandlungsablauf vorgesehen wie für den Jahresbericht der Universität. Wir führen zu Beginn ebenfalls eine Grundsatzdiskussion über die Vorlage 5091a

und den Jahresbericht der Zürcher Fachhochschule. Dann gehen wir die Vorlage in einer Detailberatung kapitelweise durch und anschliessend ist das Wort wiederum frei für die einzelnen Kapitel des Jahresberichts der Zürcher Fachhochschule. Am Schluss stimmen wir dann ab. Es scheint, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Das ist der Fall.

Jörg Kündig (FDP, Gossau), Präsident der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG): Auch hier beruht die Arbeit der Aufsichtskommission auf Paragraf 49d des Kantonsratsgesetzes, zusätzlich auf Paragraf 7 des Fachhochschulgesetzes, welcher die ABG mit der Oberaufsicht über die Zürcher Fachhochschule ZFH, bestehend aus der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH), beauftragt. Den Rechenschaftsbericht hat die ABG geprüft und stellt dem Kantonsrat Antrag.

Aufgrund der vorgelegten Jahresberichte formulierte die ABG einen Fragenkatalog, mehrere Fragenkataloge. Die Bildungsdirektorin und die Verantwortlichen der Fachhochschule respektive der einzelnen Bereiche haben diese ausführlich und offen beantwortet. Wir hatten Gelegenheit zu guten Gesprächen. Die Fragestellungen wurden ausführlich beleuchtet und zur Zufriedenheit beantwortet. Das Resultat unserer Aufgabenerfüllung liegt auch Ihnen vor, 5091a heisst die Vorlage. Aus Sicht der ABG sind die markantesten Positionen festgehalten, ich spreche hier einige an.

Zuerst zu Erasmus und Horizon 2020: Erasmus ist ein Studentenaustauschprogramm der europäischen Hochschulen, das 1987 ins Leben gerufen wurde. Dieses auf Gegenseitigkeit beruhende Programm ist auch mit Geldflüssen verbunden. Infolge der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 wurde die Schweiz in den Status eines Drittstaates versetzt. Dies wiederum beeinträchtigt die Geldflüsse deutlich. Die derzeit der ZHAW und der Zürcher Hochschule der Künste zur Verfügung stehenden Mittel ermöglichen es ihnen jedoch noch, einem Teil der finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, mehr aber nicht. Die Zukunft dieses Programms ist offen.

Vergleichbar ist die Situation beim Forschungsprogramm Horizon 2020. Auch hier hat die Schweiz neu den Status eines Drittstaates und ist so von hochdotierten Stipendien ausgeschlossen. Zwar ist eine Be-

teiligung an Projekten unverändert möglich, offen sind jedoch die zur Verfügung stehenden Mittel.

Grundsätzlich bereitet diese Situation Sorgen. Immerhin haben die vom Bundesrat im Sommer beschlossenen Übergangsmassnahmen es jedoch möglich gemacht, dass Forschende in der Schweiz direkt unterstützt werden. Der zuvor düstere Horizont hat sich etwas aufgehellt. Ziel des Bundesrates ist es, dass die Schweiz rasch und vollständig assoziiert wird. Dies wäre wichtig für die Position und die Reputation unserer Fachhochschulen und nicht zuletzt auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

Zweites Thema ist die internationale Vernetzung der ZHAW: Internationale Netzwerke sind für die ZHAW von grosser Bedeutung. Kompetenzgewinn, Erkenntnisgewinn, Reputation, das sind die Stichworte. Durch die Tatsache, dass kaum Grundlagenforschung betrieben wird und Horizon 2020, wie oben ausgeführt, schwächelt, fliesst lediglich ein geringer Betrag an EU-Forschungsgelder an die Fachhochschulen. Sie stehen klar im Schatten der ETH und der Universitäten. Kooperationen werden jedoch gepflegt und ausgebaut und es ist erfreulich, dass die ZHAW bei international Studierenden innerhalb der Schweiz den ersten Rang in der Zufriedenheitsskala einnimmt.

Die Zürcher Hochschule der Künste hat uns vor allem beim Thema «Einstieg ins Berufsleben» beschäftigt. Bei der Hochschule der Künste hat vor allem die Diskussion um den Nutzen der Ausbildung für das künftige Berufsleben einen hohen Stellenwert. Die Hochschule hat entsprechende Erhebungen vorgenommen, obwohl dies nicht ganz einfach war und ist. Die Zahlen zeigen, dass der Einstieg schwieriger ist als in anderen Fachrichtungen. Es dauert etwa fünf Jahre, bis sich die Situation ausgleicht. Mit einem Monitoring soll die Entwicklung laufend verfolgt werden. Die Bedeutung der Kreativwirtschaft wird durch eine Analyse aufgezeigt. 15'000 Unternehmen beschäftigen rund 70'000 Personen und leisten einen Beitrag von 5 Prozent an die Gesamtwirtschaftsleistung des Kantons und belegen so die Bedeutung dieser Fachhochschule.

Mit der Eröffnung des Toni-Areals wurde im Jahr 2014 ein Meilenstein erreicht, der selbstredend bereits 2013 Gegenstand des Geschäftsberichtes war und die Entwicklung beeinflusst hat. Wir danken hier im Nachhinein für die Möglichkeit, 2014, eben nach dem behandelten Geschäftsjahr, in die Räume Einblick nehmen und uns über das Resultat der Arbeiten informieren zu können.

Bei der Pädagogischen Hochschule hat uns die Frage nach der Grenze des Wachstums beschäftigt. 500 Studierende mehr im Jahr 2013 als im Vorjahr schlugen deutlich zu Buche. Ein Effekt, der zwar hilft, die Bedürfnisse im Kanton Zürich besser abzudecken – Sie müssen wissen, der Kanton Zürich benötigt 1000 neue Lehrpersonen pro Jahr –, aber es stellt sich schon die Frage nach der Aufnahmefähigkeit der bestehenden Infrastruktur. 3200 Studierende und eine theoretische Kapazitätsgrenze von 3500 Studierenden nähern sich bedrohlich an. Dabei ist weniger der Bau, sondern vielmehr die personelle Situation die Begrenzung. Zwar gehen die Verantwortlichen davon aus, dass die Nachfrage in den kommenden Jahren zurückgehen wird. Kapazitätsanpassungen sind jedoch eine mittel- und langfristige Fragestellung und es gilt deshalb, diese sowohl seitens der Bildungsdirektion als auch seitens der Hochschule selber im Auge zu behalten.

Zum Schluss gilt auch hier das, was ich vorher ausgeführt habe: Es war möglich, mit offenen, konstruktiven Gesprächen die Geschäftsberichte zu erläutern, gegenseitig Verständnis für die zu stellenden Fragenkomplexe zu erlangen und für die ABG einen Einblick in den normalen Geschäftsgang dieser Ausbildungsinstitute zu erlangen. An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten vielen Dank dafür aussprechen, der Bildungsdirektorin, dem Fachhochschulrat, der Leitung der Zürcher Fachhochschule und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das Engagement war von Erfolg gekrönt, wir haben befriedigt davon Kenntnis genommen. Die ABG beantragt dem Kantonsrat, den Jahresbericht 2013 der Fachhochschule zu genehmigen. Besten Dank.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Wie ihr aus den Ausführungen meines Vorredners entnehmen konntet, sind die Zürcher Fachhochschulen auf gutem Weg. Ich gehe ein wenig auf die einzelnen Fachhochschulen ein.

Die Pädagogische Hochschule hat mit 19 Prozent Wachstum bei den Studierenden – 3200 Personen im Jahr 2013 – einen neuen Rekord erreicht. Dieses Jahr stieg die Studierendenzahl nochmals um 5 Prozent. Zum Glück wurden die räumlichen Ressourcen relativ gut bemessen, trotzdem kommen die Wachstumsmöglichkeiten langsam aber sicher an ihre Grenzen. Grundsätzlich ist eine steigende Studierendenzahl an der PHZH für den Lehrberuf positiv. Der Bedarf des Kantons an jährlich gegen 1000 Lehrpersonen kann die Pädagogische Hochschule mit total 500 Diplomen nicht decken. Die Lücke kann im

Moment nur mithilfe der angrenzenden Kantone geschlossen werden. Auf diese müssen wir zum Glück nicht wegen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative verzichten. Trotzdem haben wir erfahren, dass die Zürcher Fachhochschulen ebenfalls stark unter der Initiative vom 9. Februar 2014 gelitten haben. Zum Glück stellt der Bund beziehungsweise die mit der Umsetzung der Übergangslösung betraute ch-Stiftung (*Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit*), die den Austausch von Studierenden in der Schweiz koordiniert und verwaltet, Mittel zur Verfügung. Damit kann dieses Jahr den Studierenden die gleiche Mobilität gewährleistet werden wie letztes Jahr. Erasmus, das Austauschprogramm, basiert auf Gegenseitigkeit. Das heisst, es dürfen gleich viele Studierende ins Ausland geschickt werden, wie wir aufnehmen. Für die ausländischen Studenten stehen heute aber 10 Prozent weniger Mittel zur Verfügung. Längerfristig wird dies auch eine Auswirkung auf die Zahl der Studierenden haben, die ins Ausland gehen können. Deshalb ist die Zukunft noch offen. Uns von der SP ist es wichtig, dass wir nicht der Vergangenheit nachtrauern, sondern dass wir vor der Abstimmung über die Ecopop-Initiative die Bevölkerung über die Auswirkungen gut informieren. In diesem Sinne begrüssen wir es, dass die Fachhochschulen gemeinsam darauf aufmerksam machen, was ein Ja für Auswirkungen hätte.

Über die Zürcher Hochschule der Künste konnte man in den letzten Wochen und Monaten viel lesen, hat sie doch ein wunderbares neues Zuhause bekommen. Dass nicht alle Zahlen, die in der Presse standen, wirklich den Tatsachen entsprachen, hat uns der Rektor, Herr Thomas Meier, an einer seiner Eröffnungsansprachen ausführlich und auch mit gesundem Humor aufgezeigt. Es freut uns, dass – wenn auch ein Jahr später als geplant – die Zürcher Hochschule der Künste ihren Betrieb an einem Standort konzentrieren konnte anstelle der 35 bisherigen Standorte. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten bedanken, dass trotz der Verschiebung des Bezugs um ein Jahr für alle Studierenden eine gute Übergangslösung gefunden werden konnte.

Nun zur Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der mit 11'000 Studierenden im Jahr 2013 grössten Fachhochschule: Dazu gäbe es ebenfalls viel zu erzählen. Da meine Zeit beschränkt ist und die Aufmerksamkeit im Rat bei solchen Geschäften, bei denen es um Rechenschaft geht, nicht besonders gross ist, möchte ich alle Interessierten auf den Jahresbericht verweisen. Herr Piveteau (*Jean-Marc Piveteau, Rektor*) hat diesen mit seinem Team wieder übersichtlich und interessant gestaltet. Es ist nach wie vor so, dass die Absolventen der Fach-

hochschulen auf dem Markt sehr gefragt sind. Deshalb ist es gerechtfertigt, dass wir auch dieser Fachhochschule die benötigten Mittel zur Verfügung stellen. Es wäre ein Eigengoal, wenn wir hier die Fachkräfte, die wir dringend brauchen, nicht mehr selber zur Verfügung stellen. Es wäre ein Eigengoal, wenn wir die Fachkräfte, die wir dringend brauchen, nicht mehr selber ausbilden würden.

Ich danke allen, die mitgeholfen haben, dass die Fachhochschulen auf einem so exzellenten Stand sind, dass wir auf die Absolventinnen und Absolventen dieser Schulen wirklich stolz sein können. Die SP wird diesen Jahresbericht der Zürcher Fachhochschulen genehmigen. Danke.

Bruno Amacker (SVP, Zürich): Für einmal teile ich die Sorge mit einem Sozialdemokraten, Herrn Rudolf Strahm, die Sorge nämlich, dass wir uns in einer Akademisierungsfalle befinden. Besonders schwer wiegt dabei, dass wir ohne Not freiwillig in diese Falle hineingelaufen sind. Die Stärke der Schweiz war ja bisher unser duales Bildungssystem, das heisst voll ausgebildete Profis auf der einen Seite, die aber gleichzeitig auch eine fundierte theoretische Ausbildung geniessen. Das System hat sich bewährt und ist Teil des – heute muss man das leider sagen – ehemaligen Erfolgsmodells Schweiz. Nun sind wir dabei, mit direktem Vorsatz dieses Erfolgsmodell über Bord zu werfen und denselben Fehler zu machen wie das Ausland und immer mehr Berufe zu akademisieren. Es öffnet sich eine gefährliche Schere zwischen Akademikern und Hilfsarbeitern. Die Kosten sind enorm, die Folgen fatal. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus meinem privaten Umfeld nennen, das Beispiel anhand eines ausgebildeten Lastwagenmechatronikers mit BMS (*Berufsmittelschule*). Er hat ein Praktikum in einem grossen Busbetrieb in Deutschland gemacht und mir erzählt, wie dort die Arbeitsweise ist: Kommt ein komplexer Fall herein, braucht es dort zuerst einen halben Ingenieur für die Analyse und das Behandlungskonzept und ein Handlanger führt dann noch aus. In der Schweiz ist das anders. Da macht alles ein ausgebildeter Profi im Alleingang, vom Anfang bis zum Ende. Besonders akut und auch für jedermann ohne Weiteres erkennbar ist diese Problematik auf dem Bau. Sie haben ja heute auf dem Bau kaum mehr als 10 Prozent Leute mit Berufslehre, dafür umso mehr Leute mit irgendwelchen Studiengängen, Diplomen auf der einen Seite und unausgebildete Handlangerkolonnen auf der anderen Seite. Auf dem Bau ist diese fatale Entwicklung auch für jedermann von blossen Auge erkennbar. Neubauten sind heute

zwar architektonisch beeindruckend und verfügen über exquisite Technik. Aber bereits nach wenigen Jahren sind sie oft komplexe Sanierungsfälle. Schauen Sie auf die Neubaugebiete in Zürich Nord: Nach wenigen Jahren ist bereits alles eingerüstet. Hunderten von Mietern wird gekündigt, weil die Gebäude wegen Pfuschs saniert werden müssen. Man kann es so zusammenfassen und sagen: Wir haben auf dem Bau immer mehr Leute mit Ausbildungen, aber immer weniger Leute mit Ahnung vom Bauen.

Noch vielmehr als für technische Berufe gilt dies für die Geisteswissenschaften, wobei ich hier anfügen muss, dass dies vor allem auch für die Universität gilt. Auch dort stellen wir eine unheimliche Expansion fest, und zwar in Berufen wie – ich nenne da zufällige Beispiele der Fachhochschulen – Bachelor «Vermittlung Kunst und Design», Meister «Transdisziplinarität», CAS (*Certificate of Advanced Studies*) «Künstlerische Bildungsprojekte realisieren», CAS «Musikphysiologie», die Liste liesse sich unendlich fortführen. Werden hier mit teuren Steuergeldern Ausbildungen angeboten, bei denen man sich fragt, was die Leute nachher damit anfangen? Natürlich wird uns versichert, die Leute brauche es und sie fänden eine Stelle. Aber wenn man die Sache genau anschaut, dann stellt man fest, dass dies meist staatliche oder zumindest staatlich subventionierte Stellen sind, Stellen, die wiederum der Steuerzahler finanziert. Da müsste man schon viel kritischer hinterfragen, ob wir hier für teures Geld Leute ausbilden sollen, für welche wir nachher mit nicht weniger gutem Geld dann künstlich eine Arbeitswelt kreieren müssen. Dieser Akademisierung ist Einhalt zu gebieten, das Fächerangebot ist kritisch zu prüfen und zu redimensionieren. Besinnen wir uns auf unsere Stärken und fördern wir unser duales Bildungssystem!

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Die Jahresberichte der Fachhochschulen zeigen die grosse Vielfalt des Bildungs- und Forschungsstandortes Zürich. Wie bei der Universität sind auch hier die internationalen Vernetzungen und die Offenheit wichtig, um nicht nur an Forschungsvorhaben teilnehmen zu können und die entsprechenden Gelder einzufordern, sondern auch hoch qualifizierte Ausbildungen bieten zu können. Die Stichworte Masseneinwanderungsinitiative und Ecopop sind heute ja auch schon mehr als einmal gefallen.

Die ZHAW zeigt ein grosses Studierendenwachstum. Dies ist aus Sicht des Fachkräftemangels sehr zu begrüßen. Mehr Sorge macht

uns die Frage, ob auch die richtigen Personen an der ZHAW studieren, da schliesse ich mich meinem Vorredner an. Die Fachhochschulen zeichnen sich ja dadurch aus, dass sie Berufserfahrung mit einer hoch qualifizierten Ausbildung verbinden. Je mehr Gymnasiasten aber dort studieren, um so mehr ist dieses Ausbildungsmodell in Gefahr.

Die ZHAW stösst auch an räumliche Grenzen, deshalb müssen hier Überlegungen zu Standort und Wachstum gemacht werden. In der aktuellen Budgetdebatte wurde uns auch mitgeteilt, dass bei den Fachhochschulen insbesondere die ZHAW das Studierendenwachstum überprüft und sich Überlegungen dazu macht. Die Angaben der ZHAW, einen Standort im Innovationspark zu prüfen, finden wir durchaus überlegenswert. Für eine langfristige Strategie müssen alle Optionen sorgfältig geprüft und abgewogen werden. Das ist jedoch noch kein definitiver Entscheid.

Die ZHdK hat mit Bezug des Toni-Areals nach aussen eine enorme Wirkung entfaltet. Wir sind überzeugt, dass die geplanten Synergien durch die räumliche Nähe geschaffen und das nationale und internationale Renommee dieser Hochschule erhalten und gesteigert werden kann.

Bei der PHZH ist das Studierendenwachstum aus Sicht der Schulen, der Volksschulen, der abnehmenden Schulen, sehr erfreulich. Wir nehmen auch wahr, dass mit neuen Ausbildungsgängen wie «Quest» (*Quereinstieg in den Lehrberuf*), aber auch mit weniger aufwändigen Nachqualifikationen in einzelnen Fächern auf die Bedürfnisse der Schulen reagiert wird.

Wir danken dem Fachhochschulrat, den Leitungen und allen Mitarbeitenden der Fachhochschulen für ihre engagierte Arbeit und werden den Jahresbericht genehmigen.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Vieles haben meine Vorredner schon gesagt, generell kann man sicher festhalten: Die Fachhochschulen, genauer die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Zürcher Hochschule der Künste und die Pädagogische Hochschule Zürich, sind gut unterwegs. Sie stellen qualitativ hochwertige und wichtige Bildungsangebote bereit und leisten damit einen essenziellen Beitrag zum Bildungsstandort Zürich. Ich möchte hier nicht auf Details aller drei Jahresberichte eingehen. Ich möchte jedoch kurz auf Entwicklungen in diesem Jahr eingehen, welche in den Gesprächen

mit den Vertretern der Fachhochschulen ebenso zu reden gaben wie das Berichtsjahr selbst.

Nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 und vor der Abstimmung vom 30. November 2014 sind die Fachhochschulen, besonders die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und die ZHdK, besorgt über den Fortgang der internationalen Zusammenarbeit. Die Forschung von heute ist international, die Kunst ebenso. Die Fachhochschulen sind darauf angewiesen, dass auf allen Ebenen, vom Studenten bis zur Professorin, internationaler Austausch möglich ist. Es geht hier nicht um grosse Massen von Personen. Es ist für das Funktionieren dieses Austausches jedoch wichtig, dass er ohne übertriebene bürokratische Hürden geschehen kann. Ebenso ist die Teilnahme an internationalen Projekten für die Fachhochschulen von grosser Bedeutung. Eine rein national tätige Fachhochschule müsste wohl auch mit einem provinziellen Niveau zufrieden sein.

Zum Abschluss möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der drei Fachhochschulen danken für ihren grossen Einsatz, den sie für die Bildung im Kanton Zürich geleistet haben und leisten. Die Grünen empfehlen den Bericht zur Abnahme.

Die Beratung der Vorlage 5091a wird unterbrochen.

27. Kantonsrats-Jassmeisterschaft

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich möchte Ihnen noch etwas Erfreuliches mitteilen, und zwar hat am letzten Montag die 27. Kantonsrats-Jassmeisterschaft stattgefunden und ich darf Ihnen die ersten drei Gewinnerinnen und Gewinner nennen, und zwar im Schieber mit zugehaltenen Partnern:

Erster Platz: Daniel Hodel, Zürich, mit 2842 Punkten. (*Applaus.*)
Zweiter Platz: Beatrix Frey, Meilen, mit 2831 Punkten. (*Applaus.*)
Der dritte Platz geht an Cyrill von Planta, Zürich, mit 2789 Punkten. (*Applaus.*)
Und es ist mir eine besondere Freude, auch noch zu erwähnen, dass auf dem vierten Platz ein über 80-jähriges ehemaliges Kantonsratsmitglied ist, nämlich Theo Quinter aus Geroldswil mit 2771 Punkten. (*Applaus.*)

Und ich darf Ihnen noch sagen, dass natürlich auch Differenzler gespielt wurde. Hier hat den ersten Platz John Appenzeller mit 67 Punk-

ten, den zweiten Rang Beni Schwarzenbach mit 110 Punkten und Dritter ist Arnold Suter mit 157 Punkten. Allen ein kräftiger Applaus. (*Applaus.*)

Persönliche Erklärung zur Grippe-Impfaktion von Urs Hans, Turbenthal

Urs Hans (Grüne, Turbenthal): Heute soll also hier im öffentlichsten Raume unseres Kantons eine billige Impfaktion gegen eine saisonale Grippe stattfinden, welche noch gar niemand kennt. Unterstützt wird diese Werbeaktion von der Ärztesgesellschaft, von «Big Pharma» und der kantonalen Gesundheitsbürokratie. Es wäre das Gleiche, wenn zum Beispiel Hanspeter Haug oder Martin Farner, als Winzer, eine Weinaktion mit Häppchen in diesen geschichtsträchtigen Räumen machen würden. Einziger Unterschied: Die Kurz- und Langzeitnebenwirkungen von Wein sind seit Jahrhunderten bekannt.

Wann endlich gibt es eine Präventionskampagne gegen schädliche Präventionskampagnen der Pharma? Die heutige praktizierte Zwangsprävention bedeutet Bevormundung, Schüren von Ängsten, Schwächung der körpereigenen Immunabwehr durch den Einsatz von Nervengiften mittels kollektiven Massenimpfungen. Erst damit wurde es der Pharma und den Ärzten ermöglicht, nicht nur mit den Kranken, sondern auch mit den Gesunden Geschäfte zu machen.

Aborte, Missbildungen, Behinderungen, Allergien, Autismus, POS (*Psychoorganisches Syndrom*), ADHS (*Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*) und teure Schulungsprobleme – niemand untersucht neutral die Nebenwirkungen des Einsatzes von Nervengiften in Impfungen.

Regula Thalmann, ehemalige Kantonsratspräsidentin, FDP, sagte mir damals, sie würde sich nie mehr gegen Grippe impfen lassen. Sie sei danach drei Monate lang krank gewesen. «Miss Handicap Zürcher Oberland» vor einigen Jahren war eine Frau, welche im Alter von sechs Monaten einen Impfschaden mit Quecksilber erlitt. Sie ist seither im Rollstuhl. Die USA verzeichnete 2012 rund 42'000 Keuchhusten-Infektionen. Überträger waren vor allem geimpfte Kinder, so das Resultat einer von der US-Arzneimittelbehörde FDA finanzierten Studie. Demnach verhindere die Impfung in vielen Fällen die Erkrankung der Geimpften, nicht aber deren Eigenschaft als Überträger der Krankheit. Und weil die Impfung das Immunsystem schwächt, würden auch geimpfte Kinder krank. Was soll das Ganze?

Allen Impfingen wünsche ich heute «guet Schuss» (*Heiterkeit*). Besten Dank.

Persönliche Erklärung von Josef Widler, Zürich, zur Grippe-Impfaktion

Josef Widler (CVP, Zürich): Gegen Religion ist man machtlos, gegen Glaubenssätze kann man nichts unternehmen. So viel Schwachsinn in einer Minute habe ich in letzter Zeit nie mehr gehört. Ich kann Ihnen einfach sagen:

Erstens: Der Impfstoff wird von der Kantonsapotheke gesponsert. Zweitens: Die Ärzte werden daran nichts verdienen. Drittens ist die saisonale Grippe immer noch die häufigste Infektionskrankheit, die zum Tode führt. Dagegen kann man sagen, was man will. Und selbstverständlich ist es freiwillig. Es soll ja niemand sich impfen lassen, der nicht will. Die Grippe-Impfung ist die Geschichte, um die es am meisten Sagen gibt. «Ich habe mich impfen lassen und bin dann krank geworden, unglaublich!» Die Impfung hilft eben nur gegen Influenza. Ich hatte eine junge hübsche Dame in der Sprechstunde. Sie sagte mir: «Herr Doktor, ich bin krank geworden, weil der Storch auf dem Dach gesessen ist.» Ich habe ihr gesagt: «Ich glaube Ihnen, dass der Storch dort war, aber wahrscheinlich war sonst noch etwas.»

Und diejenigen, die wollen, möchte ich jetzt gerne impfen (*Heiterkeit*).

Persönliche Erklärung von Markus Schaaf, Zell, zur Grippe-Impfaktion

Markus Schaaf (EVP, Zell): Vor wenigen Tagen war in den Zeitungen zu lesen: «Der Impfkritiker Daniel Trappitsch verhöhnt die Ebola-Opfer in Afrika». Wenn Sie im Internet einmal recherchieren, merken Sie, wie oft Urs Hans im Schlepptau von Daniel Trappitsch tätig ist. Ich möchte einmal mindestens von ihm hören, dass er sich ausdrücklich auch von diesen wirren Theorien dieses Impfkritikers distanziert. Impfkritiker werden für mich dann glaubwürdig, wenn sie nicht einfach nur gegen Impfungen schimpfen, sondern wenn sie vor Ort gehen und dann wirklich Hand anlegen. Ich habe Freunde, die in Afrika als Ärzte tätig sind, die unter schwierigsten Bedingungen bei den Ebola-Opfern ihr Leben riskieren, um diesen Menschen zu helfen. Und die Impfkritiker hier verhöhnen sie und sagen: «Ja, die sind einfach mangelernährt und betrunken.» Und jetzt kommt jemand aus diesen Krei-

sen und erzählt uns, wir sollten uns hier nicht impfen lassen. Grippe, das sei alles nur von den Pharma-Konzernen inszeniert.

Ich möchte Sie bitten, dass Sie sich einfach einmal überlegen, was Sie diesen Opfern von Grippe-Epidemien auch antun mit solchen Sätzen. Ganz ehrlich glaube ich ja nicht, dass es viel bewirkt, was ich Urs Hans jetzt sage. Es gibt Leute, die sind resistent gegen Viren, und es gibt Leute, die sind resistent gegen gute Ratschläge, aber vielleicht hilft es ja bei allen andern. Lassen Sie sich impfen! Sie tun sich und Ihrer Umwelt etwas Gutes.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Zwischenzeitlich (in der Pause) hat die Anlage funktioniert, jetzt hat sie den Geist wieder aufgegeben. Es lebe die angewandte Technik!

Die Beratung der Vorlage 5091a wird fortgesetzt.

Denise Wahlen (GLP, Zürich): «Gesundheit zwischen Selbstverantwortung, Versorgung und Markt», so hiess das Thema des diesjährigen Hochschultages an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Oktober. Das Gesundheitswesen ist eine der grössten Branchen der Schweizer Volkswirtschaft und ein Wachstumsfaktor mit zunehmender Bedeutung. Weil wir uns damit aber auch in einem starken Spannungsfeld bewegen, eben zwischen Selbstverantwortung, Versorgung und Markt, gehört das Thema Gesundheit zu den grossen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Damit zitiere ich Professor Jean-Marc Piveteau, den Rektor, der mit seiner Veranstaltung einen Blick auf die nächsten zehn bis zwanzig Jahre warf. Wohin entwickelt sich das Gesundheitssystem in der Schweiz? Was bedeutet es zum Beispiel, dass immer mehr Daten über uns und unsere Gesundheit zur Verfügung stehen? Welche Innovationen braucht es für eine erfolgreiche Weiterentwicklung? Welches sind die Treiber der Gesundheitskosten? Welchen Beitrag hat eine Hochschule wie die ZHAW mit Forschung und Lehre zu leisten? Der Wissenstransfer in Lehre und Dienstleistungen, neue Ideen und Konzepte in die Praxis umsetzen, Innovationen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft reflektieren – ja, dieser permanente Wandel von Bedürfnissen fordert die Bildungsinstitutionen heraus. Die Zürcher Fachhochschulen leisten einen

wertvollen Beitrag in der Ausbildung von qualifizierten Fachkräften, die dringend benötigt werden.

2013 waren an den drei staatlichen Hochschulen und der privaten Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) insgesamt 17'574 Studierende eingeschrieben. Die Zahl der Studierenden erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 802, das entspricht 4,8 Prozent. Dieser Anstieg verursachte einen Zuwachs bei dem an staatlichen Hochschulen und der HWZ tätigen Personal von 3184 auf 3416 Vollzeitäquivalenten. Diese zusätzlichen 232 Stellen entsprechen einer Erhöhung von 7,3 Prozent, also bedeutend mehr als bei den Studierenden.

Die finanziellen Beiträge der Bildungsdirektion an die ZHAW und die PHZH stiegen somit weiter an. Nur die Beiträge an die ZHdK gingen wie im Vorjahr leicht zurück. Auf der anderen Seite müssen wir bedenken, dass gerade der Bedarf des Kantons Zürich an jährlich gegen 1000 Lehrpersonen von der PHZH mit total 500 Diplomen nicht gedeckt werden kann. Die offenen Stellen konnten in den letzten Jahren jedoch immer besetzt werden, auch dank Lehrpersonen aus den angrenzenden Kantonen.

Die Bauarbeiten am neuen Hochschulstandort Toni-Areal in Zürich West befanden sich in der Schlussphase. Ab Sommer 2014 erfolgte der gestaffelte Bezug der Räumlichkeiten durch die ZHdK und Teile der ZHAW. Ich hoffe, dass sich der Zusammenzug der ehemals verteilten Schulen, zukünftig vereinigt im Toni-Areal, auf der Kostenseite positiv auswirken wird, wie es vor dem Beschluss des Projektes versprochen wurde. Bei der Führung vor der Eröffnung war ich beeindruckt von der offenen Architektur, die zum Dialog anregt, und bin gespannt, wie die möglichen Synergien auch die künstlerischen Leistungen beflügeln werden.

Die Grünliberalen werden den Jahresbericht für das Jahr 2013 genehmigen. Ich danke allen Beteiligten der Zürcher Fachhochschulen für ihre engagierte Arbeit.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Wir danken den drei Fachhochschulen für ihren Bericht und die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Es wird uns einmal mehr vor Augen gehalten, welche Auswirkungen die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative auch für die Zürcher Fachhochschulen hat, insbesondere für die ZHAW. Das Forschungsprogramm Horizon 2020 ist ins Stocken geraten. Die Wichtigkeit einer grenzüberschreitenden Forschung wurde dem einen oder

anderen vielleicht erst jetzt bewusst. Wir sollten uns zukünftig gut überlegen, wie wir uns im Bildungswesen und in der Forschung international ausrichten wollen. Mit einer Abschottung machen wir uns keinen Gefallen. Wir sind darauf angewiesen, dass auch unseren Studierenden und Forschenden ein einfacher Zugang an ausländische Hochschulen offenbleibt. Eine internationale Vernetzung ist von hoher Wichtigkeit und darf nicht sorglos aufs Spiel gesetzt werden.

Mit etwas Verwunderung haben wir die Medienmitteilung zur Kenntnis genommen, dass die ZHAW allenfalls nach Dübendorf umziehen will. Dies würde für den Industrie- und Gewerbestandort Winterthur einen grossen Verlust bedeuten. Hier gilt es sich gut zu überlegen, ob dieser Schritt sinnvoll ist. Die ZHAW ist für die Stadt Winterthur für verschiedene Bereiche sehr wichtig. Ein Abgang kann nicht einfach so hingenommen werden.

Unsere Fachhochschulen bieten ein grossartiges Angebot und eine gute Alternative zur Universität und zur ETH, wofür wir ihnen danken und sie auch zukünftig gerne weiter unterstützen. Die BDP wird die Genehmigung des Jahresberichts dankend unterstützen.

Rafael Steiner (SP, Winterthur): Zuerst möchte ich noch meine Interessenbindung bekannt geben: Ich bin Absolvent, ehemaliger Mitarbeiter der ZHAW und Winterthurer. Ich möchte einige Worte zum möglichen Umzug der ZHAW, des «Tech» nach Dübendorf verlieren: Das Technikum ist seit 1874 an seinem Standort in Winterthur. Das Tech ist etwa zur gleichen Zeit entstanden wie die ETH Zürich. Nur weil etwas schon lange dort ist, ist das noch kein Grund, das für ewig so zu belassen. Allerdings wäre es durchaus schade, Traditionen wie den «Tech-Umzug» und die «Frackwoche» zu verlieren. Diese gehören zur Identifikation und zum sozialen Leben von Winterthur.

Es gibt aber noch weitere Gründe: Winterthur ist bereits heute eine Studierendenstadt und entwickelt sich immer mehr zu einem zusammengehörenden Campus. Winterthur erlaubt die Vernetzung von verschiedenen Teilbereichen der ZHAW. Durch die neue Bibliothek im Werk 1 wird der Austausch zwischen den Departementen zusätzlich gefördert. Nicht zuletzt sind immer noch die meisten Techniker männlich und auch hier nützt eine Durchmischung mit den Studierenden des Departements Gesundheit, Linguistik und Wirtschaft sicherlich.

Auch für interdisziplinäre Arbeiten nützt diese Nähe sehr. Die UZH und die ETHZ haben das Ziel, möglichst ... (*Der Votant wird durch*

eine Störung des Mikrofons unterbrochen.) Wir brauchen ganz definitiv mehr fähige Ingenieure, das sieht man hier gut.

Die UZH und die ETHZ haben das Ziel, möglichst alle ihre Teile an zwei Standorten zu konzentrieren, dies ist vor allem auch für die Studierenden. Man kann durchaus darüber diskutieren, auch wenn mein Winterthurer Herz natürlich auch hier etwas blutet, ein Forschungsinstitut nach Dübendorf auszulagern. Ich will mich der Diskussion ja nicht per se verschliessen. Aber grundsätzlich sollte der Standort Winterthur gesetzt sein.

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrter Herr Rektor der ZHAW, lassen Sie das Technikum an der Technikumstrasse, denn Winterthur braucht die ZHAW und die ZHAW braucht Winterthur!

Regierungspräsidentin Regine Aeppli: Ich möchte Ihnen meinen Dank aussprechen für das Interesse am Wohlergehen unserer Fachhochschulen und für die sorgfältige Wahrnehmung ihrer Aufsichtsaufgabe. Ich möchte einige Stichworte aufnehmen, die in den Äusserungen gefallen sind.

Stichwort: Zunahme der Studierendenzahlen. Da möchte ich, wie wahrscheinlich jedes Jahr, darauf hinweisen, dass die Studiengänge an den Fachhochschulen mit wenigen Ausnahmen alle mit Numerus clausus belegt sind. Diese Ausnahmen gelten für die ZHAW, wo die Bereiche Technik und Wirtschaft von Bundesrechts wegen nicht mit einem Numerus clausus belegt werden können. Der Numerus clausus gilt auch nicht für die Pädagogische Hochschule, Gott sei Dank tut er das nicht. Denn Sie wissen, wir haben ständig steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen und sind deshalb auch auf zusätzliche Lehrkräfte angewiesen. Wir sind froh und glücklich, dass viele Mittelschulabsolventinnen und -absolventen sich für das Lehrerstudium interessieren und die Anzahl der Pädagogikstudierenden in den letzten Jahren gestiegen ist.

Dann möchte ich noch etwas zu den Bedenken der Akademisierung an den Fachhochschulen sagen, die geäussert worden sind. Die Fachhochschule – das einfach noch zur Genese – ist eigentlich auf Betreiben des Gewerbes und der Berufsbildung entstanden, weil man auch den Absolventinnen und Absolventen der Berufsbildung den Zugang zu den Hochschulen verschaffen wollte. Diese Möglichkeit funktioniert heute in so gutem Ausmass, dass auch leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler wieder den Weg der Berufsbildung gehen, weil sie wissen, dass es eine Möglichkeit gibt, damit auch auf die Hochschul-

ebene zu kommen. Das ist ausgezeichnet und wird von vielen verfolgt. Ich glaube, die Durchlässigkeit unseres Bildungswesens ist ein zentraler Vorteil des ganzen Systems. Es gibt Berufe, die ihre Fortsetzung auf der Fachhochschulstufe finden. Ich denke dabei vor allem an die Bereiche Technik, Informatik, zum Teil Gesundheitswesen und weitere Bereiche. Andere Bereiche bleiben im Bereich der Berufsbildung, in der höheren Berufsbildung. Ich denke da vor allem an die gewerblichen Berufe. Also wir haben da ein Angebot im Bildungswesen und eine Durchlässigkeit, die ich als einen grossen Vorteil betrachte. Ich bin auch überzeugt und weiss nicht, ob jemand im Saal das bestreiten würde: Wir haben mit den Fachhochschulen die geeignete Ausbildung auch für den Fachkräftebedarf, den wir in diesem Land haben. Und dieser Fachkräftebedarf besteht namentlich auch in den höheren Berufen. Ich finde es übrigens falsch – und ich sage das auch meinem ehemaligen Sitznachbarn im Nationalrat, Rudolf Strahm, bei Gelegenheit immer wieder –, wenn wir diese Systeme, die Berufsbildung und die Fachhochschulen beziehungsweise die Hochschulen gegeneinander ausspielen. Es sind beide gleich wichtig, gerade auch für den Kanton Zürich, wo doch sehr viele gut ausgebildete Fachkräfte von der Wirtschaft gebraucht werden.

Zum Schluss noch ein ganz kurzes Wort – wir werden sicher bei anderer Gelegenheit darauf zurückkommen, es ist auch bereits eine Anfrage eingegangen – zur Überprüfung des Standortes Technik in Winterthur. Die ZHAW ist die Schule mit ihrem klaren, unwidersprochenen, unbestrittenen Standort Winterthur, das wird auch so bleiben. Wir haben das 2005 – und mit «wir» meine ich den Regierungsrat – in der Standortstrategie festgelegt. Aber wenn neue Möglichkeiten entstehen, wie beispielsweise der Innovationspark, der für den Kanton Zürich eine solche neue Möglichkeit darstellt, dann soll man ohne Scheuklappen fragen dürfen, prüfen dürfen, ob das auch für unsere Hochschulen neue Möglichkeiten bietet, und damit meine ich nicht nur die ZHAW, sondern auch die Universität. Was die ZHAW derzeit tut, ist ausschliesslich eine Überprüfung, und ich denke, es wäre falsch und einer Hochschule nicht angemessen, wenn solche Überprüfungen nicht vorgenommen werden könnten. Sie werden aber weitere Antworten in der Antwort auf die Anfrage erhalten. Ich glaube, es besteht kein Anlass für Bedenken. Winterthur ist der Standort der ZHAW und über das Ergebnis dieser Überprüfung werden Sie rechtzeitig informiert werden. Ich danke Ihnen.

Detailberatung der Vorlage 5091a

Titel und Ingress

I.

- 1. Bericht*
- 2. ZFH: Erasmus und Horizon 2020*
- 3. ZHAW: Internationale Vernetzung*
- 4. ZHdK: Einstieg ins Berufsleben*
- 5. PHZH: Grenzen des Wachstums*
- 6. Abschliessende Bemerkungen*

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 162 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5091a zuzustimmen und damit den Jahresbericht der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2013 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Ausübung und Mittelverteilung für Forschung und Lehre in der Medizin

Antrag des Regierungsrates vom 2. Oktober 2013 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 237/2012 und gleichlautender Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 23. September 2014 **5030**

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Bitte beachten Sie die Redezeit: für Berichterstatter 20 Minuten, für Ratsmitglieder zwei Minuten.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Im Namen der Kommission für Bildung und

Kultur beantrage ich Ihnen, das Postulat 237/2012 der ABG (*Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit*) abzuschreiben.

Die ABG hatte wiederholt Mängel festgestellt in der Zusammenarbeit zwischen Universität und USZ (*Universitätsspital Zürich*), speziell in Bezug auf die Stellung des Leiters der Direktion für Forschung und Lehre am USZ. Sie schlug deshalb vor, das Universitätsgesetz so zu ändern, dass der Leiter der Direktion für Forschung und Lehre Mitglied der Universitätsleitung wird. Das Ziel ist die Verbesserung von Koordination und Kommunikation zwischen den betroffenen Institutionen.

Der Regierungsrat startete in der Folge das Projekt UMZH, Universitäre Medizin Zürich, mit dem Ziel – ich zitiere – «die Zusammenhänge im Bereich der universitären Medizin und die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen aufzuzeigen, die Schnittstellen zwischen Klinik, Forschung und Lehre zu identifizieren und zu klären und ein Modell zu entwickeln für die Ausrichtung und die koordinierte Steuerung der universitären Medizin.»

Die zuständige Bildungsdirektion stellte das Projekt in den beiden Kommissionen KBIK und ABG vor. Da die Projektarbeiten noch in vollem Gange waren, beschloss die KBIK in Absprache mit der ABG, die Abschreibung des Postulats aufzuschieben, bis der Schlussbericht vorlag. Das war in der ersten Hälfte des Jahres 2014 der Fall. Im Sommer 2014 stellten wir dann fest, dass das Projekt UMZH durch die Reform der Universitätsleitung überlagert wird, was die Diskussionen eher erschwerte als erleichterte, denn dadurch wurde der Bericht des Regierungsrates zum Postulat der ABG teilweise überholt.

Der Regierungsrat hatte ausgeführt, dass ein Koordinationsgremium zwischen Universität und universitären Spitälern unter der Leitung eines sogenannten Chief Academic Medical Officer, CAMO, geschaffen werden soll, der gleichzeitig Dekan der Medizinischen Fakultät sein soll. Im Rahmen der Reform der Universitätsleitung steht nun aber die Idee im Vordergrund, dass es keinen Dekan Medizin mehr geben wird, sondern dass die Funktion des CAMO zu einem Direktor Medizin aufgewertet werden soll, als festes Mitglied des künftigen Direktoriums der Universitätsleitung.

In der Diskussion mit den Verantwortlichen merkten wir, dass auch noch andere ungeklärte Fragen im Raum standen. So zum Beispiel, ob der Beschluss über die Mittelverteilung, der heute von der Universitätsleitung getroffen wird, neu dem CAMO, also dem Direktor Medi-

zin, allein obliegen soll. Es geht immerhin um rund 80 Millionen Franken für Forschung und Lehre an den Spitälern.

Es wurde dann darauf hingewiesen, dass das Reformprojekt der Governance der Universität weniger mit dem Postulat zu tun hat als das Koordinationsmodell Universitäre Medizin. Ausfluss aus diesem Projekt soll gemäss Bildungsdirektion ein Gesetzesantrag für die gesamte Reorganisation der Universitätsleitung sein – und nicht nur isoliert für den Punkt an der Schnittstelle zwischen Universität und USZ. Der Kantonsrat wird sich voraussichtlich im Jahr 2016 damit befassen. Wir werden dann Gelegenheit haben, bei Bedarf konkrete Anpassungen am Gesetzesvorschlag vorzunehmen.

Gesetzliche Vorgaben sind das eine, sie umzusetzen und zu leben aber ein anderes. So ist das im Postulat ebenfalls aufgebrachte Urheberrecht zwar im Prinzip geregelt, die ABG stellt aber fest, dass es nicht gelebt wird. Mit dem Hinweis an die Universität, auch dieses Thema nochmals zu überprüfen und energisch anzugehen, schlug die ABG darum vor, die Abschreibung des vorliegenden Postulats erneut aufzuschieben, bis konkrete Resultate der Reorganisation vorliegen und die beiden Projekte zusammengeführt sind. Die ABG erkennt zwar viele gute Ansätze, aber ausgeführt ist noch nichts. In welche Richtung es geht, wie die Synchronisation der beiden Projekte stattfindet und so weiter, ist alles noch nicht bekannt. In diesem Sinne ist für die ABG das Postulat nicht erfüllt.

Auch die KBIK stellt fest, dass die Anliegen der ABG noch nicht umgesetzt sind, plädiert aber für ein anderes Vorgehen. Die Bildungsdirektion hat uns glaubhaft versichert, dass die Universität und das USZ mit Nachdruck an den beiden Projekten arbeiten und die entsprechenden gesetzgeberischen Arbeiten in Angriff genommen würden. Mit der Bildungsdirektion hat unsere Kommission einen Zwischenbericht zu Beginn des kommenden Jahres vereinbart, wenn die Vernehmlassungsergebnisse zur Unileitungsreform vorliegen.

Es wird Sache unserer Nachfolgekommission sein, die gesetzlichen Änderungen in diesem Zusammenhang in der nächsten Legislatur zu beraten. Vor diesem Hintergrund gibt es für die KBIK keinen Grund mehr, die Abschreibung des Postulats der ABG aufzuschieben, umso mehr, als damit die Umsetzung der Anliegen der ABG nicht beschleunigt werden kann. Wir beantragen Ihnen deshalb einstimmig, das Postulat nun abzuschreiben, und hoffen auf das Verständnis der Mitglieder der ABG. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Jörg Kündig (FDP, Gossau), Präsident der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG): Ich spreche als Präsident der ABG. Es wurde vom vorsprechenden Präsidenten der KBIK bereits angesprochen, wir sind nicht ganz glücklich mit der Situation.

Die Nahtstelle Forschung/Lehre zwischen Universität und Universitätsspital ist ein Thema, das – mindestens gefühlt – so alt ist wie die beiden Institute selber. Immer wieder gibt es Fragen zur Zuständigkeit, zur Kompetenzverantwortung bei der Mittelverwendung. Ziel des Postulates war es denn auch, diese Nahtstelle zu klären, und zwar so, dass kein Interpretationsspielraum mehr besteht.

In der Antwort weist der Regierungsrat auf das Projekt UMZH, Universitäre Medizin Zürich – Governance und Strategie, hin, welches eine verbesserte Koordination im Bereich der universitären Medizin bringen soll. Das Projekt ist also unterwegs. Es soll ein Koordinationsgremium geschaffen werden, es soll ein CAMO, Chief Academic Medical Officer, installiert werden. Und es soll ausserdem geprüft werden, ob das Zentrum für Klinische Forschung, ZKF, als überinstitutioneller Leistungserbringer miteinbezogen werden soll. Es sei geplant, das Projekt 2014 abzuschliessen. Die Verordnung über Forschung und Lehre und das Universitätsgesetz sollen angepasst werden.

Wir von der ABG haben die Botschaft wohl gehört und durften auch erste Konzeptpräsentationen sehen. So weit, so gut. Wir haben aber auch festgestellt, dass zwar Absichten und erste Arbeiten vorgewiesen werden können, der Konjunktiv aber dominiert und der Zeitplan grundsätzlich schon sehr ausgedehnt ist – vorsichtig formuliert – und dass die in Aussicht gestellte Umsetzung mit «frühestens 2015» sehr offen gehalten ist. Unsere Befürchtung war und ist, dass mit der Abschreibung des vorliegenden Postulates das Projekt nicht gerade in Vergessenheit gerät, aber auf der Prioritätenliste nach hinten rückt, was absolut nicht in unserem Interesse wäre.

Klar ist auch, dass ein Zusatzbericht nicht zielführend wäre, sondern es einzig und allein darum geht, weiteren Zeitverlust zu verhindern. Wenn das Postulat auf der Traktandenliste geblieben wäre, so meinen wir, hätte das geholfen. Schlussendlich stemmen wir uns nicht gegen die Abschreibung, behalten aber das Projekt im Auge und werden uns regelmässig – und schon in Bälde wieder – Bericht über den weiteren Verlauf erstatten lassen. Besten Dank.

Michael Stampfli (SP, Winterthur): Wir haben es bereits gehört, sowohl der Regierungsrat als auch die KBIK beantragen die Abschreibung dieses dringlichen Postulates. Die SP-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen. Bereits vor Überweisung des Postulates hat der Regierungsrat das Projekt Universitäre Medizin Zürich, UMZH, eingeleitet, welches die Schnittstellen zwischen Klinik, Forschung und Lehre in der universitären Medizin klären sollte. Es sollte folglich auch Lösungen für diejenigen Anliegen suchen, die durch das dringliche Postulat aufgeworfen worden waren. Resultat dieses 2014 abgeschlossenen Projektes ist unter anderem die Schaffung eines Beirates auf strategischer Ebene, eines Koordinationsgremiums USZH auf operativer Ebene sowie die Stelle des Chief Academic Medical Officer, kurz CAMO, der Einsitz in der Universitätsleitung nehmen soll. Obwohl die Einzelheiten seiner Funktion noch nicht geklärt sind, ist die SP-Fraktion der Meinung, dass dem Anliegen des Postulates mit diesen Massnahmen Rechnung getragen wurde. Das gewählte Modell der Koordination löst die Probleme der unklaren Kompetenzen, ohne allzu stark in die Selbstständigkeit der Universität Zürich und der universitären Spitäler einzugreifen. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die SP-Fraktion, der Abschreibung des Postulates zuzustimmen. Ich danke Ihnen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich kann eigentlich dem nicht mehr viel hinzufügen, was Jörg Kündig hier schon verkündet hat. Er hat 100-prozentig recht. Ich muss aber sagen: Wir hätten dieses Postulat wirklich noch nicht abgeschrieben, weil eigentlich nichts passiert ist bis jetzt. Wir haben nur Absichtserklärungen. Wir wissen: Man will etwas tun. Was genau? Die beiden Modelle, von denen wir jetzt von Ralf Margreiter und Jörg Kündig gehört haben, sind nicht deckungsgleich, das der Universität und das der Bildungsdirektion. Was am Schluss herauskommt, das wissen wir noch nicht. Wir müssen da auf jeden Fall dranbleiben und das beobachten. Wir reden bei jedem Fall, der uns bekannt ist, über die Schnittstellenproblematik und es ist nicht gelöst. Der Direktor für Forschung und Lehre hat zwar eine Stellung am Universitätsspital, aber für die Universität spielt er absolut keine Rolle. Und da müssen wir Lösungen finden, wie das in Zukunft gehandhabt wird. Ich bitte Sie wirklich darum, dass wir da dranbleiben, damit endlich diese Diskussionen aufhören, die Verantwortlichkeiten geklärt werden und wir ein Führungsmodell mit sinnvollen und star-

ken Personen installieren können. Alles andere macht keinen Sinn an der Universität und am USZ. Ich danke Ihnen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Dieses dringliche Postulat der ABG soll nun nach Ablauf einer Bearbeitungsfrist von über zwei Jahren abgeschlossen werden. Das macht ja durchaus Sinn, auch weil die Idee des Postulats aufgenommen und Massnahmen ergriffen wurden. Der Regierungsrat geht in seinem Bericht auf den Stand des Projekts UMZH ein und wird sicher darüber laufend Bericht erstatten.

Was mich an der ganzen Sache nicht so befriedigt, ist der Stand der Umsetzung. In der regierungsrätlichen Antwort wimmelt es von Ausdrücken wie «es soll», «es wird geprüft» oder «es ist geplant». Die Umsetzung der neuen Governance im Bereich UMZH kann frühestens ab 2015 erfolgen. Es bleibt das Prinzip Hoffnung, dass auch Verbesserungen eintreten. Es ist der ABG aber wirklich ernst mit dem Postulat. Die Schnittstellenproblematik zwischen Klinik, Forschung und Lehre war in der Vergangenheit immer wieder Thema und bleibt ganz sicher im Fokus der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit.

Wir von der ABG und der Grünliberalen Fraktion fügen uns der Vernunft. Das Postulat kann abgeschlossen werden, so ganz im Sinne von «Nur ein abgeschriebenes Postulat ist ein gutes Postulat».

Regierungspräsidentin Regine Aeppli: Ich sehe mich doch veranlasst, ganz kurz etwas zur Art und Geschichte dieses Postulates zu sagen. Dieses Postulat wurde als dringliches Postulat eingereicht, was den Regierungsrat verpflichtete, innert eines Jahres eine Antwort zu erteilen. Das hat er auch gemacht im Oktober 2013. Inzwischen ist ja wieder ein Jahr ins Land gegangen und es ist nicht so, dass nichts passiert wäre in der Zwischenzeit. Aber vieles von dem, was in der Postulatsantwort steht, war damals noch hypothetischer, als es heute ist. Es passieren manchmal auch Dinge, die noch nicht gesetzlich festgeschrieben sind, und das ist auch in diesem Fall so.

Die Neubesetzung des Prorektorates Medizin, welche notabene auf der Traktandenliste des Universitätsrates von heute Abend steht, ist vor dem Hintergrund zu verstehen, dass damit bereits die künftige Stellung des CAMO ausgedacht wurde. Mit der Person, welche sich für dieses Amt zur Verfügung stellt, wurden ausführliche Gespräche über die Neuausrichtung der Medizin beziehungsweise der Schnittstelle zwischen den universitären Spitälern und der Universität, also zwi-

schen Forschung, Lehre und Klinik, geführt, aber nicht präjudiziert. Diese Position bedarf einer gesetzlichen Grundlage. Ich habe schon bei der Abnahme des Jahresberichts gesagt, dass wir beim Abschluss der Vernehmlassung zur neuen Universitätsleitung darüber entscheiden werden, ob die CAMO-Vorlage separat in den Gesetzgebungsprozess kommt oder zusammen mit der Unileitungs-Reform. Die Vorstellungen darüber, wie dieses Bindeglied zwischen Forschung, Lehre und Klinik aussehen soll, sind bereits sehr weit gediehen und das UMZH-Projekt ist abgeschlossen. Und wie gesagt, die Gestaltung dieser künftigen Position ist bereits in die Wege geleitet und Sie werden voraussichtlich noch diese Woche den Medien entnehmen können, wer diese Position besetzen wird. Ich glaube deshalb, dass Sie mit gutem Gewissen dieses Postulat abschreiben können. Es war ein gutes Postulat und es wird auch etwas daraus werden. Besten Dank.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das dringliche Postulat 237/2012 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stiftung Schweizerische Technische Fachschule Winterthur (*Ausgabenbremse*)

Antrag des Regierungsrates vom 21. Mai 2014 und gleichlautender Antrag der Finanzkommission vom 25. September 2014 **5096**

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Die gemeinnützige Stiftung Schweizerische Technische Fachschule Winterthur, STF, bildet auf ihrem Campus in Winterthur seit 1946 Berufsleute für die Automobilbranche, die Gebäudetechnik und das Elektroinstallationsgewerbe aus. Die Bandbreite der Ausbildungen reicht von der Grundbildung bis zur Kaderstufe.

Die STF übernimmt die im Berufsbildungsgesetz vorgesehenen praktischen Ausbildungen, überbetrieblichen Kurse (ÜK) für Berufe des Automobilgewerbes, der Gebäudetechnik und des Elektroinstallationsgewerbes. Auch im Bereich der höheren Berufsbildung bietet die STF Ausbildungen an, die sonst niemand im Kanton Zürich durchführen kann, da dafür Spezialräume und -geräte benötigt werden. Rund 80 Prozent der Lernenden an der STF kommen aus dem Kanton Zürich, die restlichen 20 Prozent verteilen sich auf zahlreiche andere Kantone.

Dank eines Neubaus auf dem Areal der STF sollen die bisherigen Ausbildungsangebote des Schweizerischen Carrosserieverbandes, VSCI, von Effretikon nach Winterthur überführt und damit für alle Berufe des Autogewerbes an einem Ort konzentriert werden. Dadurch kann die Infrastruktur in Winterthur gemeinsam und effizienter genutzt werden und die STF wird als Kompetenzzentrum für technische Berufe gestärkt. Die Kosten des Neubaus sind auf 17,3 Millionen Franken veranschlagt.

Die Räumlichkeiten des Neubaus werden voraussichtlich zu 95 Prozent für die berufliche Grundbildung und überbetrieblichen Kurse genutzt. Die verbleibenden 5 Prozent sind für die berufsorientierte Weiterbildung vorgesehen. Der Kanton unterstützte bis anhin mit Beiträgen nur die überbetrieblichen Kurse. Somit ist es gerechtfertigt, nur 95 Prozent der Bau- beziehungsweise Investitionskosten als Grundlage für die Bemessung des Lotteriefondsbeitrages heranzuziehen. Dies ergibt eine anrechenbare Investitionssumme von 16,4 Millionen Franken. Seit der Umstellung vom aufwandorientierten zum pauschalfinanzierten System leistet der Kanton einen Beitrag von rund 20 Prozent an die Finanzierung der überbetrieblichen Kurse. Es ist angebracht und sinnvoll, dass auch der Lotteriefonds diesen Anteil übernimmt und einen Beitrag in Höhe von 3,3 Millionen Franken beisteuert.

Mit einer seit 1993 jährlichen Einlage von 100'000 Franken in das Stiftungskapital leistet auch die Stadt Winterthur einen Beitrag an die STF. Die STF plant, diese städtische Leistung über eine Dauer von zehn Jahren als Investitionsbeitrag zu verwenden. Das letzte Ausbauprojekt der STF wurde von der Stadt Winterthur zusätzlich mit 1 Million Franken unterstützt. Zudem wurde die Anbindung an den öffentlichen Verkehr mit einer direkten Buslinie vom Hauptbahnhof stark verbessert. Eine erneute direkte Unterstützung des vorliegenden Pro-

jektes durch die Stadt Winterthur erfolgt nicht beziehungsweise ist der Stadt nicht möglich.

Auf ein Beitragsgesuch gegenüber den anderen Kantonen, aus welchen rund 20 Prozent der restlichen Schüler herkommen, wurde verzichtet, da diese Kantone jeweils lediglich einen kleinen Prozentsatz der Lernenden stellen und Gesuche um eine Beitragsleistung folglich nur geringe Erfolgsaussichten hätten.

Im Namen der einstimmigen Finanzkommission beantrage ich dem Kantonsrat die Genehmigung der Vorlage 5096.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Für den Bau eines Ausbildungszentrums für die Berufe des Autogewerbes wird von der Schweizerischen Technischen Fachschule, STF, in Winterthur ein Betrag in Höhe von 3,3 Millionen aus dem Lotteriefonds des Kantons Zürich beantragt. Es ist ein Neubau geplant, der viergeschossig angelegt ist und alle Ausbildungsberufe des Autogewerbes unter einem Dach vereinen soll. Die Kosten belaufen sich auf circa 17,7 Millionen. Es betrifft die Ausbildungsberufe im Carrossiergewerbe, im Automobilgewerbe sowie im Zweiradgewerbe, jeweils mit zwei-, drei- oder vierjährigen Ausbildungen. Die Lernenden sind vorwiegend Sek-B- und -C-Schüler, für die eine Integration in die Arbeitswelt von zentraler Bedeutung ist. Je besser diese Integration gelingt, desto weniger Kosten entstehen der öffentlichen Hand später durch Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe. Es ist daher unsere Aufgabe, diesen Jungen eine solide Berufsausbildung in unserem dualen Bildungssystem zu ermöglichen.

Bisher sind die überbetrieblichen Kurse des Carrossiergewerbes in einer alten Liegenschaft in Effretikon eingemietet. Dieser Mietvertrag ist bis 2015 befristet. Eine längerfristige Nutzung des Gebäudes ist nicht möglich. Der Investitionsschutz für anstehende langfristige Investitionen in die Modernisierung der Räume ist daher nicht gegeben. Die Ausstattung der Ausbildungsräume im Rahmen des geplanten Neubaus in Winterthur ist kostenintensiv, da sie dem betrieblichen Standard der Branchen entsprechen müssen. Beispielsweise sind dies Einbrennkabinen, Mischräume für Farben mit Explosionsschutz oder auch bestimmte Massnahmen für den Gesundheits- und Arbeitsschutz der Lernenden und Ausbilder. Umgekehrt sind Investitionen in solche Ausbildungsstätten aber auch als überaus wichtig anzusehen, weil sie genau die Art von Berufsausbildung ermöglichen, von denen wir

im Gewerbe profitieren, da unsere Jungen dadurch äusserst praxisnah ausgebildet werden.

Wir von der SVP befürworten diesen Beitrag aus dem Lotteriefonds des Kantons Zürich in Höhe von 3,3 Millionen Franken, weil es die solide Berufsbildung der Lernenden sicherstellt, weil die STF mit rund 5500 Lernenden und etwa 2500 Kursteilnehmern in der höheren Berufsbildung eine zentrale Rolle in der gewerblichen Berufsausbildung des Kantons Zürich einnimmt, weil die STF die nötigen Baulandreserven für ein neues Ausbildungszentrum besitzt und hier ausserdem bereits die komplette Infrastruktur vorhanden ist, wie zum Beispiel Schulsekretariat, Mensa, eine gute Anbindung an den ÖV, Parkplätze und so weiter, und weil es einen Teil der Finanzierung sicherstellt. Die STF wird rund 4 Millionen Franken einbringen, der Carrosserieverband wird circa 1 Million Franken beisteuern. Und zusätzlich wurden Stiftungen angefragt, welche sich im Bildungsbereich engagieren.

Müssten jetzt aber die verbleibenden Kosten von 12,7 Millionen Franken ausschliesslich durch Hypothekarkredite finanziert werden, so würden die Ausbildungen massiv teurer werden. Dies würde sich jedoch negativ auf die Gewerbebetriebe auswirken, die die Lernenden ausbilden. Wir gehen davon aus, dass es für das Gewerbe um rund 40 Franken pro Tag und Lernenden teurer werden würde. Dies gilt es zu vermeiden. Mit einem Beitrag von 3,3 Millionen aus dem Lotteriefonds könnten die Ausbildungskosten auf dem heutigen Kostenstand belassen werden. Dieser entspricht im Übrigen dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Wir halten daher einen Beitrag von 3,3 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds für angemessen, weil es eine qualifizierte und solide Berufsausbildung von jungen Menschen am Standort Winterthur sicherstellt. Mit dem geplanten Ausbildungszentrum der Schweizerischen Technischen Fachschule wird langfristig die Ausbildung von Lernenden im Rahmen unseres dualen Berufsbildungssystems gewährleistet. Besten Dank.

Sabine Sieber Hirschi (SP, Sternenbergr): Die SP steht hinter der Technischen Fachschule, vor allem natürlich, weil sie in Winterthur steht. Einerseits ist für uns wichtig, dass die Kosten für ÜK nicht übermässig steigen, denn seriöse Ausbildungen sind für die Betriebe aufwendig und sollen nicht unbezahlbar werden. Überhöhte ÜK-Kosten sollen kein Argument werden, um Ausbildungsplätze abzuschaffen. Andererseits aber ist für uns Berufsbildung Sache des Staates

und der Betriebe, wie es das neue Berufsbildungsgesetz auch vorsieht, und nicht Sache des Lotteriefonds. Offensichtlich wurde aber bei der Einführung des Gesetzes eine Übergangsregelung vergessen, eine Übergangsregelung, die es ermöglicht hätte, solch grosse Investitionen zu tätigen, auch wenn die angelegten Reserven aus der Pauschale noch nicht genügen. Dass eine technische Fachschule eine andere Infrastruktur braucht als eine Berufsschule für den Detailhandel oder fürs KV ist uns aber klar. So greifen auch wir von der SP in den Lotteriefonds, zumal auch öffentliche Busse und Solarmobile gute Carrosserien brauchen.

Peter Vollenweider (FDP, Stäfa): Die Konzentration der Ausbildung aller Berufe des Autogewerbes am Standort der STF in Winterthur schafft Synergien, fördert die Innovation und bringt auch wirtschaftlichen Nutzen. Die FDP unterstützt den Antrag aber auch deshalb, weil das zu unterstützende Projekt die für die Schweiz wichtige handwerkliche Berufsausbildung weiter fördert und die Beitragsleistung primär dem klein- und mittelständischen Gewerbe durch Stabilisierung der Ausbildungskosten zugutekommt und somit keine negativen Anreize auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe entstehen.

Daneben darf darauf hingewiesen werden, dass der heutige Campus der STF, welcher in der Schweiz als anerkanntes handwerkliches Kompetenzzentrum wahrgenommen wird, von einer gemeinnützigen Stiftung betrieben wird. Die 70-jährige Erfolgsgeschichte der Schule und die Gemeinnützigkeit der Institution STF verdienen Anerkennung und auch dadurch die zur Finanzierung des Neubaus nachgefragte finanzielle Unterstützung.

Dass trotz dem geltenden System der Pauschalfinanzierung, welche auch Reserven für Investitionen enthält, ein Beitrag aus dem Lotteriefonds geleistet werden muss, ist in diesem Fall eine zu verkraftende Schwachstelle des Antrags. Die FDP ist der Überzeugung, dass dieses sinnvolle Projekt nicht wegen dem ungünstigen Timing in Bezug auf die Umstellung von der Aufwand- zur Pauschalfinanzierung nicht unterstützt werden soll, und stimmt dem Antrag des Regierungsrats zu.

Regula Kaeser (Grüne, Kloten): Bei einer einstimmigen Vorlage hat man als Fünfte oder Sechste eigentlich nur noch ein paar Ergänzungen zu bringen, weil die meisten Argumente zur Vorlage schon gesagt wurden. Das Projekt hat der FIKO-Präsident vorgestellt, Jürg Sulser

hat ergänzt. Ich möchte eigentlich nur noch ergänzen, dass es beeindruckend ist, dass 4400 Lernende in 33 verschiedenen Berufen an dieser Schule ihre ÜK und Fachkurse besuchen können. Hier stehen ihnen moderne Arbeitsplätze, die den neusten Arbeitssicherheits- und Arbeitshygienevorschriften entsprechen, zur Verfügung. Sie lernen den Umgang mit diesen Einrichtungen und tragen sie unter Umständen auch in ihre Lehrbetriebe, weil diese nicht immer auf dem neusten Stand sind. So werden diese auch wieder durch ihre Lernenden auf den neusten Stand gebracht. Alles in allem ist das ein gutes, sinnvolles Projekt. Was zu sagen ist, das wurde von der SP-Fraktion auch schon angesprochen: Ist wirklich der Lotteriefonds zuständig? Das haben wir uns noch überlegt. Der Berufsbildungsfonds wurde ja gerade zur Unterstützung der Betriebe eingerichtet, ist aber im Moment mit seinen Vorschriften respektive seinen Richtlinien nicht imstande, solche Infrastrukturkosten zu leisten. Hier müsste man vielleicht auch noch über die Bücher gehen. Alles in allem unterstützt die Grüne Fraktion diesen Beitrag aus dem Lotteriefonds von 3,3 Millionen Franken.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): In den letzten Tagen und Wochen hat sie für dicke Schlagzeilen gesorgt, die Nachricht, dass das altherwürdige Technikum ein Planspiel macht, Winterthur zu verlassen und damit die ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) auf einen weiteren zusätzlichen Standort aufzuteilen. Als Winterthurer freue ich mich deshalb sehr, wenn eine namhafte Ausbildungsstätte für technische Berufe in Winterthur bleibt, verschiedene Berufsgruppen zentralisiert und damit letztlich den Bildungsstandort Kanton Zürich weiter stärkt.

Der vorliegende Antrag ist aber nicht nur aus Winterthurer und Zürcher Sicht sinnvoll. Wenn wir ihn heute bewilligen, so stärken wir damit auch das duale Bildungssystem, auf das die Schweiz zu Recht so stolz ist. Denn die Fachschule gilt als führendes Weiterbildungsinstitut für technische Berufe in der Deutschschweiz; nicht nur für die Automobilbranche, sondern auch für Gebäudetechnik sowie das Elektroinstallationsgewerbe.

Die Schule hat sich seit ihrer Gründung 1946 stets vergrössert, jetzt steht ein weiterer Schritt an. Die Ausbildungsangebote des Schweizerischen Carosserieverbands sollen von Effretikon nach Winterthur kommen. Die Fachschule soll so zu einem Kompetenzzentrum für technische Berufe werden. Eine solche Zentralisierung macht Sinn –

aus fachlicher, aber auch finanzieller Sicht. Denn die teure Infrastruktur kann so gemeinsam und damit auch effizient genutzt werden. Damit die Schule jedoch Kurse auf dem aktuellen Stand der Technik anbieten kann, braucht es einen Neubau, wofür wir einen Beitrag aus dem Lotteriefonds von 3,3 Millionen sprechen, der gerechtfertigt ist. Wir Grünliberalen werden dem Antrag zustimmen.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich habe Sie zu Beginn dieses Traktandums darauf hingewiesen, dass Ziffer I der Ausgabenbremse untersteht. Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern, deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 159 : 2 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), Ziffer I der Vorlage zuzustimmen. Damit ist das erforderliche Quorum von 91 Stimmen erreicht worden.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich verabschiede bei dieser Gelegenheit auch den Rektor der Schweizerischen Technischen Fachschule in Winterthur, der die Debatte auf der Tribüne verfolgt hat. Auf Wiedersehen, Herr Erich Meier.

Ich werde heute die Sitzung etwas früher schliessen, das nächste Traktandum wird viel zu reden geben und wir haben noch Rücktritte zu verlesen. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit.

Verschiedenes

Rücktritt als Handelsrichter von Hans Frischknecht, Tann

Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest das Rücktrittsschreiben:
«Rücktritt als Handelsrichter. Gestützt auf den Beschluss der Interfraktionellen Konferenz des Kantonsrates, IFK, wonach Handelsrichter auf den 31. Dezember nach Vollendung des 70. Altersjahrs zurückzutreten haben, reiche ich, geboren 18. Dezember 1944, als Handelsrichter meinen Rücktritt ein. Ich danke Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und eine kurze Bestätigung.

Mit freundlichen Grüssen, Hans Frischknecht.»

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Handelsrichter Hans Frischknecht ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraph 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte, hat der Kantonsrat über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Rücktritt einverstanden sind. Das ist der Fall. Der Rücktritt per 31. Dezember 2014 ist genehmigt und ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus der Finanzkommission von Hansueli Züllig, Zürich

Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest das Rücktrittsschreiben:
«Rücktritt aus der Finanzkommission.

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt aus der Finanzkommission auf den nächstmöglichen Zeitpunkt.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme verbleibt mit freundlichen Grüssen, Hansueli Züllig.»

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Hansueli Züllig hat seinen Rücktritt aus der Finanzkommission bekanntgegeben. Ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission von Rafael Steiner, Winterthur

Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest das Rücktrittsschreiben: «Hiermit gebe ich meinen Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission, GPK, auf den Zeitpunkt der Regelung meiner Nachfolge bekannt, da ich meine begrenzte Zeit für meine Tätigkeit in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit einsetzen will.

Freundliche Grüsse, Rafael Steiner.»

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Rafael Steiner hat seinen Rücktritt aus der GPK bekanntgegeben. Ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Lilith Claudia Hübscher, Winterthur

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Sie haben am 1. September 2014 dem Rücktrittsgesuch von Kantonsrätin Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, stattgegeben. Heute nun ist dieser Tag des Rücktritts gekommen.

Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest das Rücktrittsschreiben: «Rücktrittsschreiben.

Am Anfang war das Wasser. Mein erstes Votum hielt ich zum Thurauen-Projekt, mein letztes zur Renaturierung der Töss. Ich hoffe, sie entwickle sich nun gut auf ihrer ganzen Länge. Feuerig ging's etwa bei der Debatte um die Abschaffung des 1. Mai zu und her. Das Element Erde wiederum begleitete mich durch meine Rats- und Kommissionsarbeit, sei es via Saatgut, Landwirtschaft oder der Grundstückgewinnsteuern. Die Allmend, unser Boden als Ressource der Gemeinschaft, gälte es neu zu erfinden. Dem Element Luft schliesslich müsste via Feldlerche Gehör geschenkt und deren Anzahl als Indikator von Vielfalt und Glück in unserer ‹blauen Bibel›, dem KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*), aufgeführt werden.

Je länger ich mich als Ornithologin beschäftigte, desto enger wurde mir dieser Saal. Politikerinnen kommen und gehen, Politiker auch, und für mich ist es nun ebenfalls Zeit. Ich danke meinen Wählerinnen und Wählern, meiner Fraktion, meinem Team der Protokollprüfungskommission, den Sekretärinnen und Sekretären, Kommissionskolleginnen und -kollegen der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*), Subkommission «Baucontrolling», WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*) sowie den Weibel- und Parlamentsdiensten.

Alles Gute und beste Grüsse, Lilith Claudia Hübscher.»

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Lilith Hübscher rückte 2006 in den Kantonsrat nach für Matthias Gfeller, der sich in den Winterthurer Stadtrat verabschiedete. Dass sie in den Wahljahren 2007 und 2011 ihren Sitz erfolgreich verteidigen konnte, war der Lohn für ihr sichtbar und hörbares Engagement in der grünen Kantonspolitik. Apropos hörbar: Viele von uns erinnern sich bestimmt noch an die Tonaufnahme der «männlichen Feldlerche im Singflug», welche Lilith Hübscher in der Eintretensdebatte zur Teilrevision des Landwirtschaftsgesetzes vor einem Jahr hier im Rat erklingen liess.

Nach sechs Jahren in der GPK wechselte Lilith Hübscher 2011 in die WAK, deren Geschicke sie bis 2013 mitbestimmte. Sie galt als stets freundlich im Umgang, aber hartnäckig in der Sache, nicht nur, aber auch, wenn es um die artgerechte Haltung von Kühen mit und ohne Hörner ging. Lilith Claudia Hübscher war stets gut dokumentiert und informiert und schenkte auch dem Kleingedruckten die nötige Beachtung. Das tat sie ganz selbstverständlich auch im Zusammenhang mit ihrer Funktion als Lektorin der kantonsrätlichen Protokolle. Hier durfte kein i-Pünktlein fehlen und die Votantinnen und Votanten schätzten die korrekte Wiedergabe ihrer Gedanken. Für die erfahrene Journalistin war die intensive Beschäftigung mit Wörtern und Sprache Teil des Handwerks, das sie selber auch als Ratsmitglied zu nutzen wusste.

Liebe Lilith, ich kehre zum Abschluss noch einmal zum Bild der Feldlerche zurück: Dein «Singflug» durch den Kantonsrat endet heute. Ich bin aber zuversichtlich, dass du nun keineswegs in den «Sinkflug» gerätst, sondern Dich weiterhin vehement für die Anliegen des Natur- und Artenschutzes einsetzen wirst. Für die Renaturierung der Töss, wir haben's gehört, hast du ja buchstäblich bis zur letzten Ratsminute gekämpft. Wir wünschen dir auch für deine neue berufliche Ausrichtung und für deine private Zukunft alles Gute und danken dir für dei-

nen engagierten und vielseitigen Einsatz in unserem Parlament herzlich. (*Applaus.*)

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Andreas Wolf, Dietikon

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Sie haben am 15. September 2014 dem Rücktrittsgesuch von Andreas Wolf, Dietikon, stattgegeben. Heute nun ist dieser Tag des Rücktritts gekommen.

Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest das Rücktrittsschreiben:
«Rücktritt aus dem Kantonsrat.

Gestützt auf den Paragraphen 35 des Gesetzes über die politischen Rechte, ersuche ich um vorzeitige Entlassung aus dem Kantonsrat. Ich reiche meinen Rücktritt ein per 10. November 2014.

Einerseits wäre ich gerne nochmals angetreten bei den Wahlen im nächsten Frühling, jetzt, wo ich voll im Ratsleben angekommen bin. Andererseits war für mich aber schon immer klar, dass die Familie an erster Stelle stehen soll. Leider konnte ich dies in den letzten Jahren zu wenig verwirklichen. So bin ich nun vor allem erleichtert und froh, dass ich mein verantwortungsreiches Amt in gute Hände weitergeben kann und gleichzeitig mehr Verantwortung zu Hause in meiner Familie übernehmen darf.

Vor Kurzem wurde ich zum zweiten Mal Vater und ich freue mich, die Elternpflichten und -freuden in Zukunft vermehrt mit meiner Frau teilen und die Entwicklung meiner Kinder hautnah miterleben zu dürfen. Das kam in letzter Zeit eindeutig zu kurz.

Ich danke allen, die mich in den letzten vier Jahren in irgendeiner Weise kritisiert und unterstützt haben, und wünsche euch weiterhin interessante Debatten – natürlich mit möglichst nachhaltig grünen Ergebnissen.

Herzlichst, Andreas Wolf.»

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Andreas Wolf aus Dietikon wurde am 1. November 2010 im Amt vereidigt. Da sich für den Sitz seines zurückgetretenen Vorgängers Lars Gubler keine Ersatzkandidierenden zur Verfügung stellten, wurde Andreas Wolf von den Grünen des Wahlkreises Dietikon nachnominiert. Auf den bislang jüngsten Kantonsrat folgte mit Andreas Wolf ein ebenfalls sehr junger Politiker,

grün hinter den Ohren war er allerdings nicht mehr. Konsequenterweise vertrat er im Rat die Farbe seiner politischen Überzeugung.

Nachdem er in den Wahlen 2011 deutlich im Amt bestätigt wurde, nahm Andreas Wolf Einsitz in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*). Die Kommissionsarbeit gestaltete er aktiv und energisch, als in der Wolle gefärbter Grüner bisweilen kompromisslos mit. Er war aber immer sehr konzilient im Umgang.

Vor der diesjährigen Sommerpause sorgte sein Postulat für einen zeitgemässen Pilzschutz für eine unerwartet lebhaft Diskussionsrunde. Als Laien lernten wir dabei sehr viel; unter anderem auch, dass Pilze nicht nur unter dem Boden, sondern auch in der Politik über die Fraktionsgrenzen hinweg ungeahnt vernetzend wirken. Wie es mit der Schonzeit für unsere Pilze weitergeht, ist noch offen. Sicher ist, dass deine Schonfrist im Parlament, lieber Andreas, längst abgelaufen ist und wir dich daher jetzt als engagierten und kritischen politischen Kämpfer nur ungern aus unseren Reihen entlassen.

Wir danken dir für deinen Einsatz im Parlament und für den Kanton und wünschen dir privat, in erster Priorität mit deiner Familie, und auf deinen beruflichen Pfaden alles Gute. Und ich verabschiede auch meinen Kollegen aus dem Bezirk Dietikon mit guten Wünschen. (*Applaus.*)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Begrenzung der Sozialhilfe an Grossfamilien**
Postulat *Hansruedi Bär (SVP, Zürich)*
- **Abschaffung der Integrationszulage in der Sozialhilfe**
Postulat *Hansruedi Bär (SVP, Zürich)*
- **Sanktionswesen in der Sozialhilfe**
Postulat *Beat Huber (SVP, Buchs)*
- **Aufhebung Steuerbefreiung aus öffentlichen Mitteln**
Parlamentarische Initiative *Roman Schmid (SVP, Opfikon)*
- **Steuerbefreiung der «Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte»**
Interpellation *Mattea Meyer (SP, Winterthur)*
- **Umsetzung Lehrplan 21**
Dringliche Anfrage *Anita Borer (SVP, Uster)*
- **Goldene Signale und Anlagen**
Anfrage *Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)*

– **Tätigkeit Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden im Kanton Zürich**

Anfrage *Daniel Frei (SP, Niederhasli)*

Schluss der Sitzung: 11.45 Uhr

Zürich, den 10. November 2014

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 17. November 2014.